



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

## Bei Syrien zeigt sich die Mächtgern-Grossmacht Deutschland

### Wie der deutsche Uno-Botschafter gegen Russland und China agiert

von Karin Leukefeld

Wer etwas über die deutsche und europäische Aussenpolitik in Sachen Syrien erfahren möchte, sollte die Debatten im UN-Sicherheitsrat verfolgen. Der Sicherheitsrat ist das höchste politische Entscheidungsgremium der Vereinten Nationen, in dem fünf Staaten – Russland, China, Frankreich, Grossbritannien, USA – dauerhaft vertreten sind und über ein Veto-Recht verfügen. Weitere zehn Staaten haben jeweils für zwei Jahre einen Sitz als nicht-ständige Mitglieder. Deutschland ist seit 2019 als nicht-ständiges Mitglied noch bis Ende 2020 im Sicherheitsrat vertreten.

Die meisten Mitgliedsstaaten bemühen sich entsprechend der Bedeutung des Sicherheitsrates, ihre Aufgabe ernstzunehmen. Sie verhalten sich respektvoll und appellieren an die Solidarität und Einheit des Sicherheitsrates, um Lösungen für die zahlreichen internationalen Kriege und Krisen zu finden.

Die sogenannten P3 (Permanent 3) Frankreich, Grossbritannien und die USA liefern allerdings immer häufiger ein unwürdiges Schauspiel. Läuft die Debatte nicht so, wie man es sich in den westlichen Hauptstädten vorstellt, treten die Uno-Botschafter mit verteilten Rollen auf, um diejenigen, die andere Positionen vertreten, zu beeinflussen oder offen zu beleidigen. Dann geht es nicht um Inhalte, sondern darum, wie man den anderen demütigen, vorführen, behindern und dessen Anliegen verhindern kann. Seit Jahren und insbesondere seit Beginn des Krieges in Syrien ist das Lieblingsziel der P3 Russland.

«Um den Druck auf Russland zu erhöhen, wenn es das Regime nicht ausliefert, wie wir es erhoffen, sollten wir fortsetzen, was wir bereits tun», heisst es in einem bekannt gewordenen Protokoll der «Kleinen Syrien-Gruppe», die sich auf Einladung von David Satterfield, Staatssekretär für Nahostfragen im US-Aussenministerium, am 11. September 2018 in Washington traf. «Die schreckliche humanitäre Lage und Russlands Mittäterschaft bei der Bombenkampagne auf zivile Ziele hervorheben», notierte der britische Protokollführer.

Der kleinen Syriengruppe gehörten damals die sogenannten P3 USA, Grossbritannien, Frankreich sowie Saudi-Arabien und Jordanien an. Kurz darauf erweiterte sich die Gruppe um Deutschland und Ägypten. Dieser «Ritterschlag» dürfte die Haltung des deut-

schen UN-Botschafters und seiner Vertreter beim Thema Syrien im UN-Sicherheitsrat erklären. Der «deutsche Mann» bei der Uno heisst Christoph Heusgen und war zwölf Jahre lang der aussenpolitische Berater und internationale Krisenmanager von Angela Merkel im Kanzleramt. 2017 wechselte er als Botschafter zu den Vereinten Nationen in New York. Heusgen und seine Vertreter lassen im UN-Sicherheitsrat keine Gelegenheit aus, «Russlands Mittäterschaft» in Syrien anzuprangern.

Jüngstes Beispiel war die 8764. Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 5. Oktober 2020 in New York.

«Inspektoren aus dem Team berichteten 2019, es habe vermutlich keinen Chemiewaffen-Angriff der syrischen Armee in Duma gegeben. Unter anderem seien die Zylinder, mit denen angeblich das Giftgas transportiert worden sein soll, möglicherweise per Hand dort plaziert worden, wo man sie fand. Sie forderten intern Gehör und eine Auseinandersetzung über ihre Untersuchungen und das, was später in dem bearbeiteten Duma-Abschlussbericht der OVCW zu lesen war. Sie wurden nicht gehört, sondern stattdessen denunziert.»

#### Eine Lektion Diplomatie

Auf der Tagesordnung stand das Thema «Fortschritt bei der Zerstörung der syrischen Chemiewaffenbestände» entsprechend der UN-Sicherheitsratsresolution 2018. Als Berichterstatterin war die UN-Beauftragte für Abrüstung, Frau Izumi Nakamitsu, eingeladen, die ihren Bericht vortrug. Als weiteren Redner hatte die Russische Föderation, die im Oktober den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hat, den ersten Generaldirektor der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OVCW), José Bustani, eingeladen.

Damit sei man nicht einverstanden, erklärte der britische UN-Botschafter Jonathan Allen in einer Entgegnung. «Zusammen mit Belgien, Estland, Deutschland und den USA erheben wir Einspruch gegen diesen Redner», so Allen. Wer zum Thema der Sitzung «Fortschritte bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffenbestände» reden sollte, müsse «eine Bedeutung haben und sich mit dem Thema auskennen». Beides sei bei Bustani

nicht der Fall, obwohl er ein herausragender Diplomat sei. Er habe aber schon viele Jahre, bevor das Thema der syrischen Chemiewaffen im Sicherheitsrat behandelt worden sei, die OVCW verlassen und sei nicht in der Lage, «bedeutende, sachkundige Informationen» zum Thema beizutragen. Daher solle über den Vorschlag abgestimmt werden.

Es folgten 20 Minuten Schlagabtausch darüber, ob José Bustani sprechen solle oder nicht. Grossbritannien, Frankreich und Deutschland negierten dabei die Position, in der der russische Botschafter Nebenzia die Einladung ausgesprochen hatte. Bustani war vom Vorsitzen-



(Bild zvg)

ef. Die freie Journalistin Karin Leukefeld wurde 1954 in Stuttgart geboren und studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften. Seit dem Jahr 2000 berichtet sie aus dem Nahen und Mittleren Osten für Tages- und Wochenzeitungen sowie für den ARD-Hörfunk. 2010 wurde sie in Syrien akkreditiert und informiert seither von vor Ort über den Syrien-Konflikt. Seit Beginn des Krieges 2011 pendelt sie zwischen Damaskus, Beirut und anderen Orten in der arabischen Welt und ihrem Wohnort Bonn. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, u. a.: «Syrien zwischen Schatten und Licht – Geschichte und Geschichten von 1916–2016. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land» (2016, Rotpunkt Verlag Zürich); «Flächenbrand Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat» (2015, 3. überarbeitete Auflage 2017, PapyRossa Verlag Köln). In Kürze erscheint von ihr «Im Auge des Orkans: Syrien, der Nahe Osten und die Entstehung einer neuen Weltordnung» (2020, PapyRossa Verlag Köln).

oft Redner eingeladen, von denen einige bei weitem weniger professionell und erfahren gewesen seien als José Bustani. Das Verhalten Grossbritanniens sei bedauerlich, so Geng Shuang. Er schlug vor, den britischen Vorschlag zur Abstimmung zu stellen.

Grossbritannien wiederum betonte, der Vorsitzende habe den Redner (Bustani) eingeladen und müsse nun darüber abstimmen lassen. Entweder er ziehe seinen Vorschlag zurück

Fortsetzung auf Seite 2

## Verworrene Gebietsverhältnisse in Berg-Karabach

von Gerd Brenner

Seit dem 27. September 2020 toben die Kämpfe um die Region Berg-Karabach im Südkaukasus in einer Heftigkeit, die seit Jahren nicht mehr beobachtet worden war. Aserbaidschan beabsichtigt in diesen Tagen offenbar, das Problem von Berg-Karabach unilateral mit militärischen Mitteln zu lösen.

Die Republiken Armenien und Aserbaidschan erlangten ihre Unabhängigkeit 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion. Im selben Jahr erklärte sich auch die Autonome Oblast Berg-Karabach für unabhängig von Aserbaidschan, dessen Teilgebiet sie seit 1921 gewesen war. Damals benannte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen jahrelangen Streit, der von Programmen und Vertreibungen auf beiden Seiten begleitet gewesen war. Das Gebiet von Berg-Karabach wurde als autonome Oblast der Teilrepublik Aserbaidschan zugeschlagen.

Die international nicht anerkannte Republik Berg-Karabach nennt sich selbst seit 2017 Re-

publik Arzach. Sie besteht aus dem eigentlichen Kernland von Berg-Karabach und einer Reihe von Gebieten, die de jure Territorium Aserbaidschans sind. Die vorrückenden armenischen und karabachischen Truppen eroberten diese Gebiete im Jahr 1994, vertrieben die dort ansässigen aserbaidschanischen Bewohner und errichteten eine Art Pufferzone. Diese Zone ist bis heute weitgehend menschenleer. In der Stadt Ağdam beispielsweise lebten früher einmal fast 30 000 Einwohner, gross-mehrheitlich Aserbaidschaner. Heute ist Ağdam eine Geisterstadt. Ein weiterer Teil dieser Pufferzone ist der sogenannte Laçın-Korridor, der zwischen dem Kernland von Berg-Karabach und dem Territorium von Armenien liegt.

Ein Lösungsversuch der Minsker Gruppe der OSZE, die von Russland, Frankreich und den USA geleitet wird, bestand darin, das Kernland von Berg-Karabach in seiner aktuellen Form zu belassen und dort eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit durchzu-

führen. Die umliegenden aserbaidschanischen Gebiete der erwähnten Pufferzone sollen an Aserbaidschan zurückgegeben werden, mit Ausnahme des Laçın-Korridors. Eine Peacekeeping Mission der OSZE soll als Garantie der internationalen Gemeinschaft in der Region stationiert werden. Dieser Lösungsversuch wurde an der Aussenminister-Konferenz der OSZE im Jahr 2007 in Madrid ausgearbeitet und heisst seither «Madrider Prinzipien».

In drei Resolutionen verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Besetzung der aserbaidschanischen Bezirke Zangelan, Ağdam und Kelbadjar in der Pufferzone durch Armenien. Die Republik Arzach selbst ist international nicht anerkannt, nicht einmal durch Armenien. Dieses behielt sich eine Anerkennung der Republik Arzach bislang vor, im Wissen, dass ein solcher Schritt die Türe zu einer Verhandlungslösung mit Aserbaidschan definitiv zuschlagen würde. Im Zuge der anhaltenden Kämpfe der letzten Tage forderte nun Arzach

die internationale Gemeinschaft auf, die Republik anzuerkennen, denn Rücksicht auf die aserbaidschanische Seite muss nun nicht mehr genommen werden, so das Kalkül in der Hauptstadt Stepanakert (aserbaidschanisch Khankendi genannt).

In Berg-Karabach konkurrieren verschiedene völkerrechtliche Prinzipien: Während Aserbaidschan auf seine territoriale Integrität pocht, verweist Armenien auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Im Lichte der Greuelthaten der Vergangenheit ist eine Reintegration des Gebiets von Berg-Karabach in die Republik Aserbaidschan und eine Rückkehr der vor über 25 Jahren vertriebenen Azeri in ihre alte Heimat kaum vorstellbar. Der Konflikt ist nicht mit Kategorien von Gut und Böse zu verstehen, und er ist auch nicht einfach diplomatisch und militärisch zu lösen. Die Gründe für den Konflikt sind zu vielschichtig und die Zusammenhänge mit anderen Konflikten zu zahlreich.

### «Bei Syrien zeigt sich die ...»

Fortsetzung von Seite 1

oder er brauche neun Stimmen, die sich für den Redner aussprechen.

Der russische Vorsitzende, UN-Botschafter Wassili Nebenizia, schlug vor, über den Satz abzustimmen: «Wer ist dagegen, José Bustani heute sprechen zu lassen?» Der britische Botschafter Allen hielt dagegen. Die Russische Föderation habe den Redner eingeladen und solle darüber abstimmen lassen, wer diese Einladung unterstütze.

Der chinesische Botschafter Geng Shuang kritisierte, dass Grossbritannien und die anderen Vertreter den Vorsitzenden herausforderten. Er habe in seiner Eigenschaft als Präsident des Sicherheitsrates das Recht, einen Redner einzuladen. Wenn abgestimmt werden solle, dann über den Antrag Grossbritanniens.

Der französische UN-Diplomat *Nicolas De Riviere* verwies auf das «Standardformat» für die Behandlung des Themas. Danach befasse sich der Sicherheitsrat jeden Monat mit den syrischen Chemiewaffen, und alle seien damit zufrieden. Russland habe ja ausserhalb des Sicherheitsrates Arria-Treffen organisiert, wo es seine Gäste ausgewählt habe. Dort könne ja auch Herr Bustani sprechen. Im Sicherheitsrat müsse Russland darüber abstimmen lassen, ob man Bustani hören wolle.

Der deutsche UN-Botschafter Heusgen erinnerte den russischen Vorsitzenden an eine Begebenheit aus dem Jahr 2018. Damals habe Russland ein Treffen des Sicherheitsrates zum Thema «Menschenrechte in Syrien» verhindert, bei dem der Hohe Kommissar für Menschenrechte sprechen sollte. «Ein Skandal» sei das gewesen, so Heusgen. Nun drehe man den Spieß um.

Der chinesische UN-Botschafter schliesslich warf Grossbritannien und den anderen vor, «mit zweierlei Mass» zu messen. «Warum können andere Redner eingeladen werden, nicht aber Herr Bustani?» Grossbritannien und «die anderen Kollegen» wollten offenbar «keine anderen Ansichten hören». «Sie sagen zwar, sie sind objektiv, aber das ist nicht der Fall.»

Der Vorsitzende Botschafter Nebenizia liess abstimmen: Für die Einladung von Herrn Bustani, dagegen und Enthaltungen. Dabei entschieden sich drei Vertreter für Bustani (Russland, China, Südafrika), sechs waren dagegen (USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Estland) und sechs enthielten sich (Dominikanische Republik, Vietnam, Indonesien, Niger, Tunesien, St. Vincent und die Grenadinen). José Bustani war auszuladen, ein Skandal.

### Warum sollte José Bustani im UN-Sicherheitsrat nicht sprechen?

Vermutlich ungewollt hatte der deutsche UN-Botschafter mit seiner Gegnerschaft zu der Einladung des Vorsitzenden einen deutlichen Hinweis auf den Hintergrund der Ablehnungsfront aus P3 + Deutschland + Belgien + Estland geliefert.

Das Treffen im März 2018, auf das Heusgen sich bezog – vermutlich nach Absprache mit Grossbritannien, Frankreich und den USA – war damals von Frankreich und sieben anderen Staaten gefordert worden. Russland hatte eine Abstimmung über die Tagesordnung, nicht über den Hohen Kommissar für Menschenrechte, gefordert. Bei der Abstimmung erhielt Frankreich für seinen Vorschlag nicht die erforderlichen neun, sondern nur acht Stimmen (Frankreich, Kuwait, Niederlande, Peru, Polen, Schweden, UK, USA). Vier Länder stimmten gegen das Treffen (Bolivien, China, Kasachstan, Russische Föderation) und drei Länder enthielten sich (Elfenbeinküste, Äquatorialguinea und Äthiopien).

Ganz im Kontext der kurz zuvor zusammengetroffenen «Kleinen Syriengruppe» wollte Frankreich das Thema «Menschenrechte» im UN-Sicherheitsrat vorbringen, um «die schreckliche humanitäre Lage und Russlands Mittäterschaft bei der Bombenkampagne auf zivile Ziele hervorzuheben», wie es laut Protokoll vereinbart worden war. Im März 2018 ging es um die Gebiete östlich von Damaskus. Dort waren die bewaffneten Gruppen (Jaish al Islam, Ahrar al-Sham, Al Rahman Legion, Tahrir al Sham, Free Syrian Army und Jaish al Umma) im östlichen Umland von Damaskus (Ghouta) unter schweren Druck geraten, und ihr Abzug wurde verhandelt. Zivilisten wurden aus Duma und anderen Vororten evakuiert. Nachdem sie dem

Abzug nach Idlib, Al Bab und Jarabulus, nördlich von Aleppo an der Grenze zur Türkei, zugestimmt hatten, brach innerhalb von Jaish al Islam angeblich ein Streit aus und erneut wurde Damaskus beschossen.

Da die Autorin zu dem Zeitpunkt selber vor Ort war, erinnert sie sich daran und auch,

«Warum aber wollten Grossbritannien, Frankreich, die USA und Deutschland das nicht hören? Weil Aussagen der Inspektoren darauf hindeuten, dass es mindestens einer dieser Staaten war, der sogar durch die Entsendung einer Delegation an den OVCW-Sitz in Den Haag direkt bedrohlichen Druck auf die Inspektoren ausübte. «Sie stellten sich nicht vor, sondern warfen eine Broschüre auf den Tisch und sagten: Das ist der Duma-Bericht, so war es», erinnerte sich «Alex», einer der Inspektoren bei einem Treffen im Oktober 2019, an dem die Autorin teilnahm.»

dass die syrische Armee zurückfeuerte. Die erneuten Gefechte dauerten nur einen Tag. Am nächsten Tag, am 7. April 2018, hiess es seitens der umstrittenen Organisation *Weisshelme*, die syrische Armee habe Giftgas in Duma eingesetzt.

Syrien wies das zurück und forderte die Entsendung von Inspektoren der OVCW, um die Vorwürfe zu untersuchen. Die USA, Grossbritannien und Frankreich machten umgehend die syrische Armee verantwortlich und bombardierten «aus Vergeltung für den Chemiewaffenangriff auf Duma» Syrien am 14. April 2018. Deutschland begrüsst die Angriffe. Das OVCW-Inspektorenteam war zu diesem Zeitpunkt in Beirut, auf dem Weg nach Damaskus.

Inspektoren aus dem Team berichteten 2019, es habe vermutlich keinen Chemiewaffen-Angriff der syrischen Armee in Duma gegeben. Unter anderem seien die Zylinder, mit denen angeblich das Giftgas transportiert worden sein soll, möglicherweise per Hand dort plaziert worden, wo man sie fand. Sie forderten intern Gehör und eine Auseinandersetzung über ihre Untersuchungen und das, was später in dem bearbeiteten Duma-Abschlussbericht der OVCW zu lesen war. Sie wurden nicht gehört, sondern statt dessen denunziert. Nachdem ihre Erkenntnisse öffentlich wurden, leitete die OVCW eine Untersuchung gegen sie ein.

### Bustani: In Sorge über die OVCW

Genau darüber, über die OVCW-Untersuchung in Duma und den offiziellen Abschlussbericht, wollte José Bustani sprechen. Der erste Generaldirektor der OVCW, und in gewisser Weise auch ihr Architekt, war von 1997–2002 im Amt. Kurz vor dem Einmarsch der USA und ihrer Alliierten in den Irak (2003) wurde Bustani «nach einer von den USA initiierten Kampagne im Jahr 2002» seines Amtes enthoben, erläutert er in der Stellungnahme an den UN-Sicherheitsrat: «Ironischerweise, weil ich versucht hatte, das Chemiewaffenübereinkommen durchzusetzen.»

Er sei «sehr stolz auf die Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität ihrer Inspektoren» gewesen, so Bustani über die OVCW. «Kein Vertragsstaat sollte als über den anderen stehend betrachtet werden. Das Markenzeichen der Arbeit der Organisation war die Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten unabhängig von ihrer Grösse, ihrer politischen Macht oder ihrem wirtschaftlichen Einfluss.»

Nun allerdings gebe es Hinweise, dass gerade das «nachhaltig beeinträchtigt» worden sei, «möglicherweise unter dem Druck einiger Mitgliedsstaaten». Die Umstände, «unter denen die OVCW die Untersuchung des angeblichen Chemiewaffenangriffs in Duma, Syrien, am 7. April 2018 durchgeführt hat», seien für ihn als ehemaligen Generaldirektor beunruhigend. «Diese Besorgnis kommt aus dem Innersten der Organisation, von den Wissenschaftlern und Ingenieuren, die an der Untersuchung in Duma beteiligt waren.» Er sei im Herbst 2019 zu einem Treffen mit einem der beteiligten Inspektoren eingeladen worden, wo Zeugenaussagen und Beweise vorgelegt worden seien. Was er gesehen und gehört habe, sei so beunruhigend gewesen, dass er bereits damals eine öffentliche Erklärung abgegeben habe, sagte Bustani in seiner ungehaltenen Rede vor dem UN-Sicherheitsrat. Mit anderen Persönlichkeiten aus aller Welt habe er sich für die Anhörung der

Inspektoren zur Duma-Untersuchung eingesetzt. Die OVCW habe auf die wachsende Kontroverse um den Duma-Abschlussbericht nicht reagiert. «Hinter einer unüberwindbaren Mauer aus Schweigen und Intransparenz» habe die Organisation sich verschanzt, Dialog sei nicht möglich gewesen.

Die Arbeit der OVCW aber müsse transparent sein, so Bustani. «Ohne Transparenz gibt es kein Vertrauen, und Vertrauen ist das, was die OVCW zusammenhält.» Persönlich wandte sich der brasilianische Diplomat dann an seinen Nachfolger, Generaldirektor *Fernando Arias*:

«Die Inspektoren gehören zu den wertvollsten Gütern der Organisation. Als Wissenschaftler und Ingenieure sind ihre Fachkenntnisse und ihre Beiträge für eine gute Entscheidungsfindung unerlässlich. Am wichtigsten ist jedoch, dass ihre Ansichten nicht von der Politik oder nationalen Interessen beeinflusst werden. Sie verlassen sich nur auf die Wissenschaft. Die Inspektoren der Duma-Untersuchung haben eine einfache Bitte: Sie wollen die Möglichkeit erhalten, sich mit Ihnen zu treffen, um Ihnen ihre Bedenken persönlich in einer sowohl transparenten als auch verantwortlichen Weise mitzuteilen.»

Das sei das Minimum, das sie auch erwarten könnten, so Bustani.

«Unter grossem Risiko für sie selbst haben sie es gewagt, sich gegen mögliches irreguläres Verhalten in Ihrer Organisation auszusprechen. Und es liegt zweifellos in Ihrem, im Interesse der Organisation und im Interesse der Welt, dass Sie sie anhören.»

Die Inspektoren behaupteten nicht, Recht zu haben, sie wollten eine faire Anhörung.

«Von Generaldirektor zu Generaldirektor bitte ich Sie höflichst, ihnen diese Möglichkeit einzuräumen. Wenn die OVCW Vertrauen in die Verlässlichkeit ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu Duma und in die Integrität der Untersuchung hat, dann hat sie bei der Anhörung ihrer Inspektoren wenig zu befürchten. Wenn jedoch die Behauptungen der Zensur von Beweisen, der selektiven Verwendung von Daten und des Ausschlusses wichtiger Ermittler, neben anderen Behauptungen, nicht unbegründet sind, dann ist es um so dringender erforderlich, dass die Angelegenheit offen und prioritär behandelt wird.»

Die OVCW habe die Möglichkeit, sich selbst zu korrigieren, so Bustani abschliessend.

«Die Welt braucht einen glaubwürdigen Kontrolleur für chemische Waffen. Wir hatten einen, und ich bin zuversichtlich, Herr Arias, dass Sie dafür sorgen werden, dass wir wieder einen haben werden.»

Soweit die Rede von José Bustani. Warum aber wollten Grossbritannien, Frankreich, die USA und Deutschland das nicht hören? Weil Aussagen der Inspektoren darauf hindeuten, dass es mindestens einer dieser Staaten war, der sogar durch die Entsendung einer Delegation an den OVCW-Sitz in Den Haag direkt bedrohlichen Druck auf die Inspektoren ausübte. «Sie stellten sich nicht vor, sondern warfen eine Broschüre auf den Tisch und sagten: Das ist der Duma-Bericht, so war es», erinnerte sich «Alex», einer der Inspektoren bei einem Treffen im Oktober 2019, an dem die Autorin teilnahm.

Deutschland ist der drittgrösste Geldgeber der OVCW und noch bis 2021 Mitglied im Exekutivrat. Das Verhalten und der Druck gegenüber den Inspektoren des Duma-Teams dürfte Deutschland nicht entgangen sein. Dennoch hält es – wider besseren Wissens, könnte man unterstellen – den «Permanent 3» die Treue. Warum?

### Die Heuchelei

Noch einmal zurück zur deutschen Diplomatie im Sicherheitsrat. Nach dem Bericht der Abrüstungsbeauftragten Izumi Nakamitsu nutzte der Vorsitzende Botschafter Nebenizia – in seiner nationalen Eigenschaft als russischer UN-Botschafter – die Aussprache über den Bericht dafür, den Beitrag von José Bustani vollständig zu verlesen.

Der britische UN-Botschafter Allen beschwerte sich. Der Präsident habe den Mitgliedern des Sicherheitsrates seine Verachtung gezeigt. Er habe einen Redner eingeladen, der bei der Abstimmung keine Mehrheit erhalten habe. Dennoch habe er (der Präsident) die Entscheidung des Sicherheitsrates ignoriert. Es sei aber «vielleicht keine Überraschung, dass Russland die Regeln ignoriert, von denen es will, dass andere sie einhalten».

Auch Frankreich und die USA kritisierten den russischen UN-Botschafter Nebenizia in gewohnter, harter Weise, bevor sie sich zu dem Sachstandsbericht der Abrüstungsbeauftragten Izumi Nakamitsu äusserten. Dann meldete sich der deutsche UN-Botschafter Heusgen zu Wort und sprach den vorsitzenden russischen Botschafter direkt an.

«In Ihrer Einführung und dem langen Zitat sagten Sie, diejenigen, die die Anwesenheit von Herrn Bustani in Frage stellten, brächten «Schmach und Schande über den Sicherheitsrat»,

eröffnete der Botschafter seine Attacke, die hier vollständig in Übersetzung wiedergegeben werden soll:

«Lassen Sie mich fragen, wer hat Schmach und Schande über den Sicherheitsrat gebracht? Waren es die zwölf Staaten, die nicht mit Ihnen stimmten und versuchten, einen ehemaligen OVCW-Beamten zu verhindern, der nicht in der Lage war, relevante Informationen zu liefern? Oder waren es Russland und China? [...] Russland und China verhinderten, dass [der Hohe Kommissar für Menschenrechte] Zeid Al Hussein im Sicherheitsrat sprechen konnte, das brachte Schmach und Schande über den Sicherheitsrat.

Wer brachte Schmach und Schande über den Sicherheitsrat? Waren es die 13 Länder am Tisch, die sich im Juli für die Öffnung von drei grenzüberschreitenden Öffnungen in Nordsyrien aussprachen, um humanitäre Hilfe in das Land zu bringen? Oder waren es China und Russland, die dagegen ihr Veto einlegten und, nach Angaben von Unicef, 500000 Menschenleben damit in Gefahr brachten, einschliesslich das vieler Kinder?

Wer bringt Schmach und Schande über den Sicherheitsrat? Sind es die Mitglieder, die sich an die Chemiewaffenkonvention halten, oder ist es Russland, das 2018 einen Cyber-Angriff auf die OVCW in Den Haag durchführte?

Wer bringt Schmach und Schande über den Sicherheitsrat? Sind es die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, die die Chemiewaffenkonvention verteidigen und den Einsatz von chemischen Waffen verhindern? Oder ist es Russland, das chemische Waffen sogar gegen die eigenen Bürger einsetzt – gegen Herrn Nawalny, gegen Herrn Litvinenko, gegen Herrn Skripal und seine Tochter?

Wann werden wir jemals von Ihnen, in Ihrer russischen Kapazität, ein Wort der Trauer über die Opfer von Chemiewaffenangriffen auf die syrische Bevölkerung hören? Mehr als 1000 Menschen starben. Wann werden wir ein Wort der Trauer über die Opfer des Assad-Regimes hören, über die, die Zeugen im Verfahren in Koblenz beschrieben haben – Tausende und Abertausende Menschen wurden in den Gefängnissen von Assad ermordet und in Massengräbern beerdigt. Wann werden wir ein Wort der Trauer von Ihnen darüber hören? Wann werden Sie endlich unterstützen, dass das syrische Regime für diese Verbrechen zur Verantwortung gezogen wird und dadurch die Versöhnung stattfinden kann, die wir dringend brauchen?»

Voller Eifer, Russland und China an den Pranger zu stellen und wegen allen Übels in Syrien anzuklagen, vergass der deutsche Botschafter allerdings, warum er eigentlich an diesem Tag im Sicherheitsrat sass. Den Bericht der UN-Abrüstungsbeauftragten Izumi Nakamitsu erwähnte Heusgen mit keinem Wort.

Darauf wies der chinesische Botschafter Geng Shuang hin. Er bedauere sehr, dass

Fortsetzung auf Seite 3

# Deutschland, die EU und Russland – eine Kakophonie?

von Karl-Jürgen Müller

Die deutsche Russlandpolitik, aber auch die der EU, ist hin und her getrieben zwischen ureigenen Interessen, traditionellen Bindungen, fremden, vor allem angelsächsischen Ansprüchen und Feindbild-Ideologien. Das zeigt sich immer wieder und immer stärker. Deutschland und die EU verlieren so zunehmend an Glaubwürdigkeit und friedensfördernder Gestaltungskraft. Dies belegen auch die jüngsten Entwicklungen.

Gerhard Schröder hat in seiner Amtszeit als deutscher Bundeskanzler vieles getan, was kritikwürdig ist – so war er im Frühjahr 1999 für die deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verantwortlich. Er hat aber auch Widerspruch gegen einen Krieg geäußert – bei seinem Nein zu einer direkten deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und ihrer «Koalition der Willigen» gegen den Irak im Frühjahr 2003. Damals versuchte er, zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, diesen Krieg zu verhindern – man sprach von einer «Achse Paris-Berlin-Moskau»<sup>1</sup>. Der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld schuf damals die Begriffe «altes» und «neues» Europa und meinte mit dem «alten» die Kriegsgegner und mit dem «neuen» die Kriegsbeefürworter.

## Gerhard Schröder, der Jugoslawien-Krieg und die Nawalny-Kampagne

Blickt man heute auf die Regierungen der europäischen Nato-Staaten, so sieht man vor allem, dass es kein «altes» Europa mehr gibt. Der ehemalige Bundeskanzler Schröder hat hingegen mit mindestens zwei Anmerkungen einen eigenen Weg beschritten. Im März 2014, als alle Nato-Staaten Russland vorwarfen, die Halbinsel Krim «völkerrechtswidrig» besetzt zu haben, warnte Schröder in einer Veranstaltung der Wochenzeitung *Die Zeit*<sup>2</sup> vor dem erhobenen Zeigefinger. Er selbst habe als deutscher Kanzler bei einem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mitgemacht. Schröder hatte Recht damit. Reaktionen darauf gab es nur wenige.

Nun hat er sich in der *Nawalny*-Kampagne erneut zu Wort gemeldet, erneut vor vorliegenden Schlüssen und Massnahmen gewarnt und gesagt: «Was gegenwärtig gemacht wird, sind ja wesentlich Spekulationen, weil ... gesicherte Fakten gibt es ja nicht.»<sup>3</sup> Auch damit hat Schröder Recht. Selbst der SPD-Politiker Gernot Erler, der Schröder für seine Äußerungen scharf kritisierte, formulierte in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* am

«Bei Syrien zeigt sich die Mächtigen-...»  
Fortsetzung von Seite 3

Herr Bustani daran gehindert worden sei, im Sicherheitsrat zu reden und dass verschiedene Länder, auch Deutschland, ihn blockiert hätten, so der Vertreter Chinas. Das mache die ganze Heuchelei dieser Länder deutlich, die nur hören wollten, was sie selber zu sagen hätten.

«Gerade eben hat der deutsche Vertreter nicht einmal die Frage der chemischen Waffen in Syrien erwähnt»,

so Geng Shuang weiter. Die Erklärung habe

«ausschliesslich aus Angriffen gegen andere Mitglieder des Sicherheitsrates bestanden».

Der deutsche Vertreter habe den Sicherheitsrat wie eine Bühne benutzt, um seine Stimmungen und Unzufriedenheit vorzutragen. So ein Verhalten sei nicht konstruktiv.

«Der britische Vertreter hat zwar seinen Unmut zum Ausdruck gebracht, anschliessend aber seine Position zum Bericht über den Stand der chemischen Waffen in Syrien vorgetragen. Wenn aber in Zukunft die Mitglieder des Sicherheitsrates herkommen, nicht um zu diskutieren, sondern um andere Länder anzugreifen, wie sollen wir dann noch über Solidarität und Arbeit im Sicherheitsrat sprechen?»

Erstveröffentlichung: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) vom 10.10.2020, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der *Nachdenkseiten*.

## Krieg und Frieden – aus der neuen Enzyklika von Papst Franziskus

km. 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Papst Franziskus in seiner am 3. Oktober 2020 veröffentlichten neuen Sozialzyklika mit dem Titel «Fratelli Tutti» vor der Kriegsgefahr gewarnt und für den Frieden gesprochen. Er schreibt in seiner Enzyklika:

«Krieg ist kein Gespenst der Vergangenheit, sondern ist zu einer ständigen Bedrohung geworden. Die Welt tut sich immer schwerer auf dem langsamen Weg zum Frieden, den sie [nach 1945] eingeschlagen hatte und der allmählich Früchte zu tragen begann. [...]

So entscheidet man sich dann leicht zum Krieg unter allen möglichen angeblich humanitären, defensiven oder präventiven Vorwänden, einschliesslich der Manipulation von Informationen. [...]

Da die Voraussetzungen für die Verbreitung von Kriegen wieder wachsen, erinnere ich daran, dass «der Krieg [...] die Negierung aller Rechte und ein dramatischer Angriff auf die Umwelt [ist]. [...]

Der springende Punkt ist, dass durch die Entwicklung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und durch die enormen und wachsenden Möglichkeiten der neuen Technologien, der Krieg eine ausser Kontrolle geratene Zerstörungskraft erreicht hat, die viele unschuldige Zivilisten trifft. [...] Deshalb können wir den Krieg nicht mehr als Lösung betrachten, denn die Risiken werden wahrscheinlich immer den hypothetischen Nutzen, der ihm zugeschrieben wurde, überwiegen. Angesichts dieser Tatsache ist es heute sehr schwierig, sich auf die in vergangenen Jahrhunderten gereiften rationalen Kriterien zu stützen, um von einem eventuell «gerechten Krieg» zu sprechen. [...]

Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat. Krieg ist ein Versagen der Politik und der Menschheit, eine beschämende Kapitulation, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen. [...]

Fragen wir die Opfer, [...] und es wird uns nicht stören, als naiv betrachtet zu

werden, weil wir uns für den Frieden entschieden haben.»

### Krieg und Hunger in der Welt

In Anbetracht der Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen – einer Uno-Organisation, die seit 2015 mit einem wieder zunehmenden Hungerproblem in der Welt zu tun hat und deren Mittel bei weitem nicht ausreichen, so dass ihre Nahrungsmittelrationen in den vergangenen Wochen gekürzt werden mussten – sei ein letztes Zitat aus der Enzyklika hinzugefügt:

«Und mit dem Geld, das für Waffen und andere Militärausgaben verwendet wird, richten wir einen Weltfonds ein, um dem Hunger ein für alle Mal ein Ende zu setzen und die Entwicklung der ärmsten Länder zu fördern, damit ihre Bewohner nicht zu gewaltsamen oder trügerischen Lösungen greifen oder ihre Länder verlassen müssen, um ein menschenwürdiges Leben zu suchen.»

8. Oktober: «Wenn man rein rechtlich das betrachtet, rein juristisch, ist das zutreffend ...», um dann allerdings gleich hinzuzufügen: «... aber natürlich nicht politisch.» Was Erler damit genau gemeint hat, blieb im dunklen.

Wie dem auch sei: Sucht man bei *Google* nach dem, was Gerhard Schröder eigentlich gesagt hat, dann tut man sich schwer damit, fündig zu werden; denn die ersten zehn *Google*-Seiten (und noch mehr) sind voll

esse der US-Aussenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland; denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war, sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt.»<sup>6</sup> Da stört eine Stimme wie die von Gerhard Schröder. Die Vortragspassagen von George Friedman sind weithin bekannt, sie sollten aber immer mal wieder in Erinnerung gerufen werden.

Immer wieder wird bis heute versucht, die deutsche Politik an das «Hauptinteresse der US-Aussenpolitik» anzupassen. Zeitungsartikel wie der in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 8. Oktober 2020 mit dem Titel «Die deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand» haben nicht zuletzt die Aufgabe, genau in diese Richtung zu arbeiten. So, wenn es heisst: «Diplomaten in Berlin erklären im Vertrauen, dass die Bundeskanzlerin nun nach 15 Jahren «vor dem Scherbenhaufen einer zu vertrauensseligen deutschen Russland-Politik» stehe. Bei der Präsentation einer Studie der *Münchner Sicherheitskonferenz* wurde unlängst die Forderung laut, Deutschland müsse sich endlich von den «Lebenslügen» seiner Aussenpolitik verabschieden und zu einer eindeutigeren und kohärenteren Russlandpolitik finden.» So sollen Fakten geschaffen werden.

Fortsetzung auf Seite 4

«Deutschland soll seine Beziehungen zum Nachbarn Russland verschlechtern, soll rund 30 Milliarden Euro mehr jährlich für die Rüstung ausgeben (schon heute sind es mehr als 45 Milliarden Euro), der Druck wird stärker, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär auszugeben. Seit nunmehr 20 Jahren wird Schritt für Schritt daran gearbeitet, erneut eine undurchlässige Mauer zwischen West und Ost zu errichten, der Plan wurde Ende April 2000 in der slowakischen Hauptstadt Bratislava formuliert.»

Nur soviel konnte man erahnen: Der russische Präsident Putin soll «politisch» verantwortlich sein, wenn irgend jemand eine giftige Substanz einsetzt, deren Herkunft man staatlichen Stellen in Russland unterstellt. Dabei war schon im Rahmen der Untersuchungen zur *Kripal*-Kampagne im Jahr 2018 bekannt geworden, dass sehr wahrscheinlich nicht nur die Sowjetunion (und dann Russland) im Besitz von Giften der Nowitschok-Gruppe waren (sind), sondern auch Geheimdienste anderer Staaten.<sup>4</sup>

von den nach dem 1. Oktober erfolgten, sehr scharfen und polemischen Angriffen auf Altkanzler Schröder («Schröder ist ein Laufburtsche Putins, der Mörder beschützt»<sup>5</sup>) – ein regelrechter «shitstorm».

### An George Friedman erinnern

Pro memoria: *George Friedman*, der ehemalige Direktor des US-amerikanischen privaten Geheimdienstes *Stratfor*, hatte bei einem Vortrag im Februar 2015 beim *Chicago Council on Global Affairs* gesagt: «Das Hauptinter-

## Die zirkuläre Logik der Sanktionen

von Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Geneva School of Diplomacy

Die internationale Gemeinschaft behauptet, sie habe ein echtes Interesse daran, die uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte für alle Menschen in allen Ländern zu fördern.

Das Büro des *Hochkommissars für Menschenrechte* hat gezeigt, dass seine Beratungsdienste und seine technische Hilfe wirksam zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der staatlichen Institutionen beitragen, die die Menschenrechte fördern und schützen. Die Eröffnung eines OHCHR-Büros in Caracas, Venezuela, im Jahr 2019 ist ein wichtiger Schritt zur Koordinierung der Unterstützung von UN-Organisationen wie UNDP, UNHCR, WHO und FAO.

Andererseits, wenn ein Land Wirtschaftssanktionen und Finanzblockaden unterworfen wird, ist das Ergebnis nicht eine Ausweitung der Menschenrechte, sondern genau das Gegenteil. Die Erfahrung zeigt, dass ein Land, wenn es einen nationalen Notstand erleidet, wenn seine Wirtschaft erstickt, wenn es unter einer Belagerung oder einer unkonventionellen hybriden Kriegs-

führung leidet, in der Regel die Reihen schliesst und versucht, durch die vorübergehende Einschränkung bestimmter bürgerlicher und politischer Rechte – für die Dauer der Krise – wieder Stabilität zu erlangen.

Artikel 4 des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* lässt zwar gewisse vorübergehende Einschränkungen zu, z. B. die Abweichung von Art. 9 (Inhaftierung), Art. 14 (fares Gerichtsverfahren), Art. 19 (Freiheit der Meinungsäusserung), Art. 21 (Freiheit der friedlichen Versammlung), Art. 25 (periodische Wahlen).

Niemand will diese Ausnahmeregelungen, und wir halten Ausnahmeregelungen auch nicht für eine gute Sache, aber jeder Staat hat einen gewissen Ermessensspielraum, wenn es darum geht, den Grad der Gefährdung von Recht und Ordnung durch militärische Übergriffe, paramilitärische Aktivitäten, Sabotage – oder durch nicht-konventionelle feindliche Methoden wie Sanktionen, Blockaden, Embargos, die sowohl von der Generalversammlung als auch vom Menschen-

rechtsrat wiederholt verurteilt wurden – zu bestimmen.

Anstatt also die Verbesserung der Menschenrechtslage in einem bestimmten Land zu erleichtern, führen Sanktionen zu innerstaatlichen Notmassnahmen, die auf die Wiederherstellung von Stabilität und öffentlicher Ordnung abzielen. Mit anderen Worten: Sanktionen sind kontraproduktiv.

Wenn die internationale Gemeinschaft einem Land wirklich helfen will, seine Menschenrechtslage zu verbessern, sollte sie sich bemühen, alle ausländischen Drohungen, Säbelrasseln, Sanktionen und Blockaden aufzuheben – denn sie stellen erhebliche Hindernisse für das ordnungsgemässe Funktionieren eines jeden Staates in einer demokratischen Verfassung und im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit dar.

Angesichts der anhaltenden Drohungen von *Trump* und *Pompeo* ist offenbar ein altes französisches Sprichwort voll und ganz zutreffend: *La bête est très méchante, lorsqu'on l'attaque, elle se défend*. (Die Bestie ist sehr böse – wenn sie angegriffen wird, verteidigt sie sich.)

# Aktien sind keine Sachwerte

von Prof. Dr. Eberhard Hamer



Eberhard Hamer  
(Bild zvg)

Die Finanzwissenschaft ist sich einig darüber, dass die derzeitige hemmungslose Geldvermehrung, Kreditvermehrung und Schuldenexplosion den Wert des Geldes mittel- oder langfristig vernichten muss. Eigentlich müsste längst eine Inflation von 5 bis 10 % eingetreten sein. Sie ist aber bisher mit einer weltweiten Gegenpolitik (Inflationsstau) verhindert worden durch Nullzins der Zentralbanken, hemmungslose Finanzierung von hoch verschuldeten Staaten und Unternehmen durch eben diese Zentralbanken und durch «Retungspakete» in Billionenhöhe, sogar durch – nach dem Verständnis der Hochfinanz – «ewige Darlehen» (Soros), die nie mehr zurückgezahlt werden sollen.

Irgendwann aber überspülen wie bei einem gestauten Fluss kontinuierlich zufließende Wassermassen auch jedes Stauwehr. Gleiches gilt für die Geldflutung und den bisher funktionierenden Inflationsstau.

Wir wissen nur, dass der Inflationsstau irgendwann nicht mehr hält. Wir wissen nicht, wann dies der Fall sein wird. Spätestens, wenn die Menschen die Entwertung durch Vermehrung des Geldes erkennen, werden sie reagieren, das Geld gegen Sachwerte einzutauschen versuchen, dadurch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wieder erhöhen und den Inflationsprozess immer mehr beschleunigen (bis zur galoppierenden Inflation).

Die Immobilienblase und die Börsenhochstände sowie der steigende Goldpreis sind bereits Anzeichen, dass kluge Anleger aus dem Geld in Sachwerte flüchten.

Gold bringt Sicherheit, aber keine Zinsen. Die steigende Entwertung des Geldes wird also den Goldpreis weiter steigen lassen – allerdings nur als «Fluchtwährung», nicht als Renditeanlage.

Immobilien dagegen sind rentierlich (Mieten, Pachten). Die zurzeit übersteigerte Preisblase der Immobilien mindert jedoch diese Rentabilität. Bei inzwischen zwanzigfacher Jahresmiete deutet die Anlage in Immobilien mehr auf Fluchtbewegung als auf Renditeanlage hin. Ausserdem muss der Immobilienanleger von Wohnimmobilien damit rechnen, dass unsere Politik nicht nur Mietpreisbremsen, sondern auch Lastenausgleich einführt, sobald ein Crash die Geldblase platzen lässt und die monetären Vermögen schmelzen. Zwar sind bei früheren Währungsreformen die Immobilien nur zu 50 % durch Lastenausgleich entwertet worden, während das Geld zu 90 % entwertet wurde – es ist also immer noch rentabler in Immobilien als in Geld zu bleiben; dennoch wird auch

der Immobilienanleger aus angeblicher «Gerechtigkeit» nicht ungeschoren aus der kommenden Schuldenkorrektur herauskommen.

Die Fonds empfehlen deshalb Aktien als beste Geldanlage. Sie verweisen darauf, dass in Inflationszeiten die Börsen mitsteigen und hinter den Aktien der Sachwert eines Unternehmens stünde.

Beides ist vordergründig richtig, hintergründig aber zu kurz gedacht:

- Das Steigen der Börsen hängt weniger mit einer Wertsteigerung der Aktien selbst als damit zusammen, dass eine Liquiditätsgeldschwemme Realanlagen in der Börse sucht und damit allein schon die Kurse der Unternehmensaktien treibt. Es ist also nicht die Wertigkeit der Unternehmen, welche für das Kursfeuerwerk an unseren Börsen verantwortlich ist, sondern die Überliquidität der Geldschöpfung durch die Zentralbanken. Das überschüssige Geld sucht im Finanzkreislauf zuerst Finanzanlagen und treibt somit parallel die Börsenkurse.
- Dass steigende Börsenkurse nicht Wertsteigerungen der mit den Aktien bezeichneten Unternehmen darstellen müssen, hängt auch damit zusammen, dass in den meisten Fällen Spekulationen die Kurse bestimmen.

Beispiel Wirecard: Das Kursfeuerwerk mit der wertlosen Wirecard war Spekulation, ist geplatzt und hat die Anleger als Verlierer stehen lassen.

Beispiel Tesla: Auch Tesla dürfte eine riesige Spekulationsblase sein, hat bisher nur Kurssteigerungen gewonnen, weil es sich gigantisch immer mehr verschuldet hat. Dahinter steht keine nachhaltige wirtschaftliche Stärke, sondern spekulative Geldanlagen und staatliche Subventionen (in

Deutschland). Gewinne sind für die Anleger nicht zu erwarten. Sobald die Blase erkannt wird, fällt der Kurs ineinander – vielleicht sogar die ganze Scheinfirma.

Beispiel Start-ups: 90 % aller Start-ups scheitern. Dennoch tragen zurzeit wenige Wirtschaftsbereiche so viel Hoffnung wie Start-ups, werden so viele leichtsinnige Kredite in diese Hoffnung investiert und wird noch mehr Geld in den Start-ups verbrannt werden als in bestehenden Unternehmen. Die Ernüchterung wird in der schon begonnenen Krise kaum nachhaltig sein.

- Für die Börsenkurse geht es auch mehr um Aussagen der Zentralbankenchefs als um die Wertigkeit von Unternehmen. Positive Andeutungen von Zentralbankenchefs lassen die Börsen generell steigen, negative sinken. Bei positiven Unternehmensnachrichten dagegen werden allenfalls die Kurse dieses Unternehmens berührt. Die Spekulation setzt weniger auf den Wert von einzelnen Unternehmen als auf die Veränderung der Weltfinanzdaten.
- An den Beispielen der Digitalunternehmen und solcher Unternehmen, die an einem Corona-Impfstoff forschen, zeigt sich, wie hemmungslos die internationale Spekulation nach Kurschancen von Unternehmen giert. Nicht die Unternehmenswerte sind es, welche das Grosskapital anziehen, sondern der Spekulationstrend. Die meisten Digitalunternehmen haben kaum oder kein Realkapital, sondern nur Hoffnung. Sie haben somit auch keine Substanzsicherheit zu bieten, sondern lediglich spekulative Hoffnungen.

Die Zeiten, in denen unser gewerblicher Sektor mit hohem Anlagekapital arbeitete und insofern das Geld der Börsen für Sachwerte

(Anlagekapital) einsammelte, sind vorbei. Inzwischen sammeln die Hoffnungsunternehmen das meiste Kapital für Spekulationshoffnung ein, ohne Sachwerte dafür zu schaffen. Insofern sind die Unternehmensanteile heute auch weniger Sachwert als vor allem Spekulationswert.

Der Autor weiss zudem aus eigener Erfahrung, wie Banken und Konzerne Aktien an der Börse manipulieren, je nach ihren Zwecken. Dies erkennt der Anleger nicht. Er weiss nicht, dass manche Sensationsmeldung über eine Firma nur dem Verkauf von deren Aktien dient oder manche Verlustmeldung nur den Aktienkurs zum Zwecke des billigeren Einkaufs dieser Aktien manipulieren soll. Der Anleger weiss eben nicht, welcher Kurs welchen Unternehmens durch legale (Leerverkäufe), illegale (Insiderhandel) oder halblegale (Cum-ex-) Geschäfte manipuliert wird.

Die Aktie ist also nicht nur Spekulationsobjekt für die grossen Währungs- und Finanzbewegungen sowie Geldwertveränderungen, sondern auch im einzelnen für die Gewinnmanipulation von Grossaktionären und Fonds. Da 70 % unserer DAX-Aktien internationalen – vor allem angelsächsischen – Fonds gehören, manipulieren diese Fonds die Aktienkurse ihrer Beteiligungen nach eigenen Vorteilen, nicht nach irgendwelchen Firmenwerten.

Sogar Donald Trump hat dies erkannt, als er in den USA Blackrock vor einigen Monaten zwei Billionen Dollar überwies, um damit gegen die Absturzgefahr der Wirtschaft durch den Corona-Virus die Kurse der Börsen nach oben zu manipulieren.

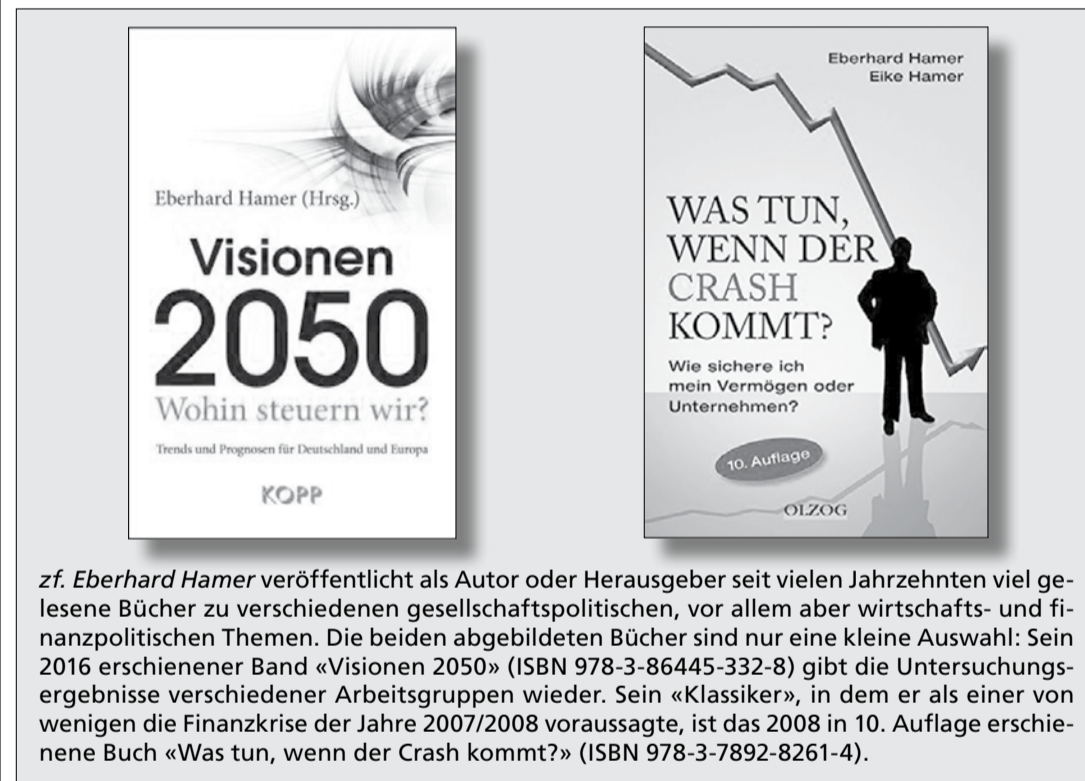
Die in der Finanzwissenschaft immer wieder verbreitete Mär, Aktien seien Sachwerte, ist deshalb falsch. Aktien sind nur Spekulationswerte. Der Sachwert der Firmen und sogar deren Gewinnaussichten sind zweitrangig, für den Kurswert meist unbeachtlich.

Wer also glaubt, dem sich auflösenden Geldwert durch Kauf von Aktien entgehen zu können, wird – anders als bei Gold und Immobilien – bald sehen müssen, dass in einem Crash die Börsen wie alle Finanzwerte runtersinken, dass die angeblichen Sachwerte der Börse sich bis auf vielleicht 20 % (wie 1930) verflüchtigen, dass, wer auf Aktien, nicht auf Realwert, sondern auf Fließsand gebaut hat.

Nicht nur unsere Finanzpolitik mit europäischer Schuldenübernahme, Schuldenexplosion, «ewigen Darlehen» und hemmungloser Geldvermehrung durch die Zentralbanken ist Betrug, auch die Börse ist als Finanzbereich nicht realwertsicher, sondern überwiegend Hoffnung und Betrug.

Wenn viele Anleger dies einsehen und verkaufen, fällt die Aktienblase zusammen, fallen die Hoffnungswerte auf den geringen Realwert der Unternehmen.

Aktienanleger verlieren immerhin im Gegensatz zu den Anleihenanlegern nicht alles, aber das meiste.



zf. Eberhard Hamer veröffentlicht als Autor oder Herausgeber seit vielen Jahrzehnten viel gelesene Bücher zu verschiedenen gesellschaftspolitischen, vor allem aber wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. Die beiden abgebildeten Bücher sind nur eine kleine Auswahl: Sein 2016 erschienener Band «Visionen 2050» (ISBN 978-3-86445-332-8) gibt die Untersuchungsergebnisse verschiedener Arbeitsgruppen wieder. Sein «Klassiker», in dem er als einer von wenigen die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 voraussagte, ist das 2008 in 10. Auflage erschienene Buch «Was tun, wenn der Crash kommt?» (ISBN 978-3-7892-8261-4).

## «Deutschland, die EU und Russland ...»

Fortsetzung von Seite 3

### Wie hoch soll die neue Mauer werden?

Deutschland soll seine Beziehungen zum Nachbarn Russland verschlechtern, soll rund 30 Milliarden Euro mehr jährlich für die Rüstung ausgeben (schon heute sind es mehr als 45 Milliarden Euro), der Druck wird stärker, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär auszugeben. Seit nunmehr 20 Jahren wird Schritt für Schritt daran gearbeitet, erneut eine undurchlässige Mauer zwischen West und Ost zu errichten. Der Plan wurde Ende April 2000 in der slowakischen Hauptstadt Bratislava formuliert.<sup>7</sup>

Am 12. Oktober 2020 hat der Rat der EU-Aussenminister wegen des Falles Nawalny neue Sanktionen gegen Russland, wie es heisst, «auf den Weg gebracht». Der Rat sei Vorschlägen des französischen und des deutschen Aussenministers gefolgt. Diese beiden Politiker begründeten den Schritt damit, so hiess es am 12. Oktober bei der öffentlich-rechtlichen tagesschau.de, «dass Russland Aufforderungen zu einer lückenlosen Aufklärung der Tat bislang nicht nachgekommen sei. Bislang sei von Russland keine glaubhafte Erklärung zu dem grausamen Mordversuch geliefert worden [...]. Daher sei

man der Ansicht, «dass es keine andere plausible Erklärung für die Vergiftung von Herrn Nawalny gibt als eine russische Beteiligung und Verantwortung». Das ist eine aus rechtsstaatlicher Sicht skandalöse Begründung.

### Sanktionszirkus

Interessant ist indes, dass dies allein den Formulierungen aus dem deutschen und dem französischen Aussenministeriums entspricht. Das offizielle Beschlussdokument des Rates der EU-Aussenminister vom 12. Oktober formulierte lediglich knapp: «Es gab auch politische Übereinstimmung darin, die [deutsch-französische] Initiative voranzubringen, die Sanktionen gegen diejenigen vorschlägt, die mit dem Mordversuch an Alexej Nawalny in Verbindung stehen.» Etwas anders als tagesschau.de klang am 12. Oktober die öffentlich-rechtliche Deutsche Welle. Dort hiess es nämlich: «Deutsche EU-Diplomaten hoffen, dass mit dem jüngsten Beschluss [der EU-Aussenminister] auch der Druck auf die Bundesregierung nachlässt, das deutsch-russische Pipelineprojekt Nord Stream 2 in der Ostsee zu stoppen.» Die Bundesregierung halte nämlich «an ihrer Auffassung fest, dass dieses Wirtschaftsprojekt nichts mit der Vergiftung eines Oppositionellen zu tun habe». Der EU-Aussenbeauftragte Joseph Borell wird mit den Worten

zitiert, man könne «nicht die ganze Weltsicht auf dieses unglückliche Ereignis mit Alexej Nawalny reduzieren». Dann wird Borell noch in indirekter Rede zitiert: «Die EU werde weiter mit Russland zusammenarbeiten müssen, weil Moskau in vielen Konflikten eine wichtige Rolle spiele.»

Nichtsdestoweniger hat die EU am 14. Oktober ihre Sanktionspläne gegen Russland konkretisiert. Ein paar wenige Russen, vor allem Mitarbeiter des Sicherheitsapparates, sollen mit Einreiseverboten in die EU und Vermögenssperren belegt werden. Ausserdem soll das staatliche russische Forschungsinstitut für organische Chemie und Technologie sanktioniert werden. Von ihm, so wird behauptet, soll das bei Nawalny festgestellte Gift stammen. Erneut heisst es aber auch, dieses Mal bei tagesschau.de: «Vor allem die Bundesregierung hat bei dem Sanktionsbeschluss auf das Tempo gedrückt, nicht zuletzt, weil sie sich davon ein Ende der Debatte um die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 erhofft.»

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow, so hiess es dort ebenso, habe Gegensanktionen zu denen der EU angekündigt. Dies sei Praxis in der Diplomatie, sagte Lawrow. Lawrow warf den deutschen Behörden erneut vor, keine Beweise für eine Vergiftung Nawal-

nys vorgelegt zu haben. Damit verstosse das Land gegen internationale Rechtsvorschriften. Zuvor hatte Lawrow die EU bereits vor einer zeitweiligen Beendigung des Dialogs gewarnt. Die für die Aussenpolitik in der EU verantwortlichen Amtsträger verstünden nicht die Notwendigkeit eines von gegenseitiger Wertschätzung geprägten Gesprächs. «Vielleicht sollten wir für eine Zeit einfach aufhören, mit ihnen zu sprechen», so Lawrow.

<sup>1</sup> Drei Jahre später hiess es dann über die neue Kanzlerin Angela Merkel: «Kanzlerin will keine Achse Paris-Berlin-Moskau» (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.9.2006)

<sup>2</sup> vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=ydLLINQBOfIU>

<sup>3</sup> Nachzuhören in einem rund 25 Minuten langen Podcast vom 1. Oktober 2020; <https://www.a-b-c-communication.de/podcasts/>

<sup>4</sup> vgl. zum Beispiel <https://www.heise.de/tp/features/Wusste-die-Bundesregierung-dass-es-Nowitschok-in-Labors-von-Nato-Laendern-gab-4060347.html>

<sup>5</sup> So die Schlagzeile, mit der die deutsche Bild-Zeitung am 7. Oktober 2020 eine Interviewaussage Alexej Nawalyns wiedergibt.

<sup>6</sup> Auszüge aus dieser Rede sind zu lesen bei <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2017/nr-21-29-august-2017/us-hauptziel-ist-ein-buendnis-zwischen-russland-und-deutschland-zu-verhindern.html>

<sup>7</sup> vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bratislava-Konferenz>

# Rahmenabkommen Schweiz-EU: Lieber die Verhandlungen würdig beenden ...

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Nach dem 27. September (Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch den Souverän) sollte es zügig vorwärtsgehen mit dem auf Eis gelegten Rahmenvertrag. Die Brüsseler Granden applaudierten dem Schweizer Volk einen Abend lang für sein «gutes Demokratieverständnis», pochen nun aber bereits wieder ungeduldig auf baldige Unterzeichnung. Die Strategie der EU-Turbos in Bundesbern und anderswo im Land: Zuerst bodigen wir die Initiative, dann ziehen wir den Abschluss des Rahmenvertrags durch. Man verliess sich auf den millionenschweren Informationstep-pich gegen die Begrenzungsinitiative: «Nein zum zerstörerischen Angriff auf den bilateralen Weg» und ähnliche ebenso reisserische wie unwahre Sprüche sollten in die Köpfe der Stimmbürger einträufeln und dort mindestens bis zur Ratifizierung des Vertrags mit Brüssel haften bleiben. Denn am Stimmvolk führt kein Weg vorbei. Aber erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt! Was in den letzten zwei, drei Wochen an grundlegender Kritik am «InstA» (Institutionelles Abkommen) geäussert wird, ist überwältigend. Noch erstaunlicher ist, wer sich da alles vernemen lässt.

Offensichtlich hatte die lange, infolge des Corona-Stillstandes weiter verlängerte Zeit des Schweigens auch ihr Gutes. Man hatte mehr Musse, um das Ganze zu durchdenken.

## Aktuelle Lage

Nach einer «internen Konsultation», die der Bundesrat im Frühjahr 2019 mit den Kantonen, Parteien und Sozialpartnern durchführte, waren einige Punkte klar, auf denen der Bundesrat bestehen muss: Beibehaltung der flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz, Ausschluss einiger Regelungen der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) von der «dynamischen Weiterentwicklung» (Einwanderung in die Sozialhilfe, Bleiberecht von Sozialhilfebezügern auch bei längerer Arbeitslosigkeit), Einschränkung des EU-Verbots staatlicher Beihilfen.

Neuester Plan – der offenbar mit Brüssel bereits ausgejastet wurde – ist die sogenannte «Immunsierung» des Schweizer Lohnschutzes und der Unionsbürgerrichtlinie, das heisst, deren Ausklammerung von der Weiterentwicklung des EU-Rechts. Dazu die *SonntagsZeitung*: «In der Bundesverwaltung hält man die Immunsierungsstrategie als eleganten Weg, um möglichst viel Souveränität zu bewahren. Das Prinzip der automatischen Rechtsübernahme und des EU-Gerichts als Streitschlichtungsorgan grundsätzlich aus dem Vertrag zu streichen, hält man dagegen für unmöglich. Diese seien Kernelemente des europäischen Marktes.»<sup>1</sup> [Hervorhebung mw]

Immerhin will der Bundesrat eine neue Unterhändlerin nach Brüssel schicken. Der bisherige, Roberto Balzaretto, sei zu nachgiebig, so die *SonntagsZeitung*. Es brauche jemanden, «der mehr Härte signalisiere» und der «Brüssel klarmache, dass es nicht nur um einige Klärungen, sondern *faktisch um Nachverhandlungen* gehe.»<sup>2</sup> [Hervorhebung mw] Am 14. Oktober hat nun der Bundesrat die heutige Botschafterin in Paris, Livia Leu Agosti, als Nachfolgerin von Balzaretto ernannt. Man wird sehen ...

## Grundsätzliche Frage der staatlichen Souveränität muss angesprochen werden

Bereits eine Woche vor dem Abstimmungssonntag meldete sich alt Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann mit prinzipiellen Einwänden gegen das Rahmenabkommen.<sup>3</sup> Dies ist nicht nur deshalb erstaunlich, weil seine Partei, die Wirtschaftspartei FDP, am hartnäckigsten an der raschen Unterzeichnung des Abkommens festhält. Sondern auch, weil Schneider-Ammann von 2010 bis 2018 Mitglied des Bundesrates war und gemäss dem Kollegialitätsprinzip die ganzen Verhandlungen mit der EU mitzutragen hatte.<sup>4</sup>

Es reiche nicht, so Schneider-Ammann, wenn die Schweiz die drei genannten Probleme anspreche. «In den (Nach-)Verhandlungen muss unbedingt auch die grundsätzliche Frage der staatlichen Souveränität angespro-

chen werden. Das in den bilateralen Verträgen gefundene Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und Binnenmarktzugang ist im Entwurf des InstA [Rahmenabkommens] auf Kosten der Schweiz verlorengegangen.» Die Schweiz dürfe weder akzeptieren, dass sie zukünftiges, heute noch unbekanntes Recht übernehmen müsste, noch dass die Urteile des EuGH für das Schiedsgericht verbindlich wären. Auch die Erweiterung der Guillotineklausel (bei einer Kündigung des InstA würden die Bilateralen I und alle neuen Marktzugangsabkommen gekündigt) dürfe die Schweiz nicht akzeptieren, denn damit erhalte die EU ein grosses Drohpotential. An die Adresse einiger Akteure der Grosskonzerne fügt der alt Bundesrat hinzu: «Wenn man dem Marktzugang eine viel grössere Bedeutung beimisst als Fragen der staatlichen Souveränität, mag dies aufgehen. Es besteht aber das Risiko, dass das Volk nicht von der Notwendigkeit eines derart einschneidenden Umbaus überzeugt werden kann. Ein Volks-Nein würde niemandem nützen – auch der EU nicht.»

## Kein anderes Land ist in Europa besser integriert als die Schweiz

Den Bundesrat fordert Schneider-Ammann auf, sich gegen die Nadelstiche und Drohungen aus Brüssel zur Wehr zu setzen: «Bern darf dies nicht akzeptieren.» Die Schweiz habe diesen «unausgewogenen Entwurf» gar nicht nötig, denn «der Personen- und der Warenverkehr zwischen der EU und der Schweiz ist im internationalen Vergleich eindrücklich und erst noch stark zugunsten der EU. [...] Kein anderes europäisches Land, einschliesslich der EU-Mitgliedsstaaten, ist in Europa demographisch und wirtschaftlich besser integriert als die Schweiz.» Schneider-Ammanns Fazit: «Zusammenfassend heisst das: Die Schweiz ist kein Übernahmekandidat. Wir sind wissenschaftlich und wirtschaftlich fit und haben dank guter Beziehungen zwischen den Sozialpartnern einen gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.»

In ähnlichem Sinn der Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, Daniel Lampart: «Die Realität ist, dass die EU in vielen Fällen von den Verflechtungen mit der Schweiz stärker profitiert bzw. die Schweiz viele Regelungen zugunsten der EU angepasst hat. [...] In keinem Land in Europa arbeiten so viele ausländische Dienstleistungserbringer wie in der Schweiz (gemessen an der Wohnbevöl-

kerung). Umgekehrt gibt es kaum Schweizer Firmen, die ins Ausland gehen. [...] Sowohl bei den Waren als auch bei den Dienstleistungen (Tourismus, Banken, Versicherungen usw.) hat die Schweiz mit der EU ein Defizit. Dieses Defizit wird mit dem Brexit voraussichtlich noch grösser.»<sup>5</sup>

## Parteipolitiker der CVP doppelten: Lieber ein Ende mit Schrecken ...

Die Stellungnahme von alt Bundesrat Schneider-Ammann brachte viele Politiker und Verbandsspitzen zum Reden, die bisher nicht so klar hervorgetreten waren. Bereits am Abend des Abstimmungstages (27. September) musste die Redaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» feststellen: «Wie eine Einigung mit Brüssel noch gelingen kann, ist schleierhaft. Parteien, Gewerkschaften und Gewerbe definieren rigorose Bedingungen.»<sup>6</sup>

An diesem Abend bezieht Ständerat Pirmin Bischof (CVP Solothurn) Position: «Wir brauchen zusätzlich in den souveränitätspolitisch relevanten Fragen [Rechtsübernahme, Guillotineklausel, EuGH] Verbesserungen, sonst wird der Vertrag spätestens in einer Volksabstimmung scheitern.» Besonders der direkte Einfluss des EuGH auf die Gesetzgebung und Rechtsprechung in der Schweiz sei «mit unserem direkt-demokratischen und föderalistischen System schwer zu vereinbaren.» Bischof hat am 25. September bereits eine Interpellation eingereicht mit einer Reihe konkreter Fragen an den Bundesrat (Interpellation 20.4255. «Institutionelles Rahmenabkommen. Jetzt bereinigen»). Zum Beispiel: «Wie ist das Vorgehen, wenn die EU wesentliche schweizerische Begehren ablehnt?» Bischofs eigene Antwort darauf: In diesem Fall sollte der Bundesrat die Verhandlungen besser von sich aus beenden.<sup>7</sup>

Am 28. September meldet sich auch CVP-Präsident Gerhard Pfister zu Wort und mahnt unter anderem an, es könne nicht sein, dass ein einseitig europäisches Gericht über das Verhältnis zwischen der EU und einem Nichtmitglied entscheide.<sup>8</sup>

Mit Recht warnt – eine weitere Überraschung! – der Chefredaktor der *SonntagsZeitung* («Tages-Anzeiger»), Arthur Rutishauser: Wenn die EU sich in den drei zur Frage stehenden Punkten (Lohnschutz, UBRL, staatliche Beihilfen) kompromissbereit zeige, würde «dem Bundesrat eigentlich nicht viel anderes übrigbleiben, als zu unterschreiben.» Es gehe aber auch um die grundsätzlichen Fragen der Streitschlichtung und der Guillotineklausel [...]. «Eine solche Klausel zu un-

terschreiben, das wäre aus Schweizer Sicht schlicht eine Dummheit.»<sup>9</sup>

## SP-Parteispitze: «Die EU-Euphorie ist weitgehend verfliegen»

Wenden wir uns den Äusserungen aus der Sozialdemokratischen Partei zu. In ihrem Parteiprogramm steht nach wie vor der Schweizer EU-Beitritt als anzustrebendes Ziel. Deshalb ist es sehr erfreulich, mit welchen deutlichen Worten der bisherige Parteipräsident, Ständerat Christian Levrat, und der am 17. Oktober neu angetretene Co-Präsident, Nationalrat Cédric Wermuth, Position beziehen. Cédric Wermuth: «Wir wollen die europäische Integration der Schweiz voranbringen. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, diesen misslungenen Vertrag um jeden Preis zu retten.»<sup>10</sup> Christian Levrat wird noch deutlicher: «Ein Abbruch ist auch nicht das Ende der Welt. Man muss in einer Verhandlung immer mit der Option des Scheiterns rechnen.» Levrat setzt hinzu: «Die EU-Euphorie, die zu meinen Anfängen herrschte, ist weitgehend verfliegen, auch in der SP. Wir haben ein Interesse an einer starken und erfolgreichen EU. Aber offensichtlich gibt es derzeit keinen Boden für weitere Annäherungsschritte. Das ist auch nachvollziehbar. Die EU ist im sozialen Bereich kaum mehr fortschrittlicher als wir.»<sup>11</sup> [Hervorhebungen mw.]

## Schweizerischer Gewerkschaftsbund: EuGH stellt Freiheit der Konzerne über den Arbeitnehmerschutz

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, erklärt am Beispiel des Schweizer Lohnschutzes, was die Unterstellung der Schweiz unter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs konkret heissen würde. Müsste die Schweiz nämlich die Entsende-Richtlinie der EU übernehmen, dann würde der EuGH beurteilen, ob der Schweizer Lohnschutz im Sinne dieser Richtlinie verhältnismässig ist. Der EuGH, so Daniel Lampart, will aber nicht in erster Linie die Arbeitnehmerinteressen schützen, sondern die «vier Grundfreiheiten» für die Konzerne durchsetzen: «In verschiedenen Urteilen kam der EuGH seit 2007 immer wieder zum Schluss, dass Lohn- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen binnenmarktwidrig seien, und er stellte die Freiheit des Unternehmers, seine Dienstleistungen anbieten zu dürfen, regelmässig über den Anspruch der Arbeitnehmenden, in ihren Rechten geschützt zu werden.»<sup>12</sup> Und diesem Gericht sollen wir unsere Angelegenheiten unterstellen?

Der SGB zeigt in derselben Stellungnahme anschaulich auf, dass die Schweizer Art, die Einhaltung der Arbeitsbedingungen und der Löhne durchzusetzen, nicht in das Raster der EU passt. Denn bei uns führen nicht staatliche Stellen, sondern die Sozialpartner selbst die Kontrollen durch – ganz im Sinn und Geist des direkt-demokratischen und auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Schweizer Staatsgefüges. Für die Brüsseler Bürokratie ist so etwas undenkbar. Die Mindeststandards sind in der Schweiz in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegt, so der SGB: «Ihre Einhaltung wird von paritätischen Kommissionen aus Arbeitgebern und Gewerkschaften kontrolliert und über Sanktionen (Konventionalstrafen) durchgesetzt. Diese Art und Weise der Durchsetzung ist europaweit einzigartig. Die Gefahr ist sehr gross, dass die EU-Kommission oder der EuGH der Schweiz dies ganz oder teilweise verbieten würden.»

## Sozialpartner treten mit ihrer Kritik am Rahmenabkommen geeint auf

Die Spitze des Wirtschaftsverbands *economiesuisse* weibelt seit Jahren für die Unterzeichnung des Rahmenabkommens ohne Wenn und Aber, weil es «eine stabile und zukunftsfähige Grundlage» für die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU schaffe (*economiesuisse.ch*: Institutionelles Abkommen Schweiz-EU). Kräftig unterstützt wird *economiesuisse* vom Think tank *Avenir Suisse*. Beide haben vor allem die «stabile Grund-

## Alternativen zum Rahmenabkommen

- Verhandlungen aussetzen bis zum Ende der Brexit-Verhandlungen: «Negative Reaktionen durch die EU sind absehbar», so Ständerat Pirmin Bischof. Aber schon aus rein wirtschaftlichen Interessen dürfte sie an stabilen Verhältnissen mit der Schweiz interessiert sein. «Nach den Brexit-Verhandlungen kann die EU mit uns wohl wieder offener, sachbezogener und unideologischer reden.» (CVP-Ständerat Pirmin Bischof)
- Interimsabkommen: «Darin würde die Schweiz ihren Willen bekräftigen, die EU mit einem grosszügigen Beitrag zur Kohäsion zu unterstützen, und Bern und Brüssel würden im Rahmen des Courant normal das Aufdatieren der Verträge weiterführen.» (alt Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann)
- «Der Plan B wäre wohl die Rückkehr zur alten Situation: Man entwickelt einzelne bilaterale Verträge dort, wo gegenseitiges Interesse besteht. Das ist nicht optimal, und es ist nicht mein Wunschscenario. Aber es wäre auch kein Drama.» (abgetretener SP-Präsident Christian Levrat)
- Grosszügige Kohäsionszahlungen für den Verzicht auf Nadelstiche: Die Schweiz könnte sich mit «mit einem Beitrag, der deutlich über ihre bisherigen Kohäsionszahlungen hinausginge, am Corona-Wiederaufbaufonds der EU beteiligen. Im Gegenzug müsste die EU darauf verzichten, die Schweiz wegen des Scheiterns des Rahmenvertrags mit Nadelstichen zu bestrafen.» (SP-Co-Präsident Cédric Wermuth)
- «Eigentlich haben wir gar keine Probleme mit der EU, die Schweiz setzt viele Vorgaben aus Brüssel pflichtbewusst um als mancher Mitgliedsstaat. Falls uns die EU nach dem Scheitern der Verhandlungen trotzdem wie angedroht piesackt, wäre das ein Verstoß gegen den völkerrechtlich verankerten Grundsatz von Treu und Glauben in den Bilateralen I. Aber es wäre auszuhalten. Ich weiss aus guter Quelle, dass der Bund auch auf einen solchen Fall vorbereitet ist. Mehrere Departemente haben eine Liste mit Gegenmassnahmen erstellt, welche die Schweiz ergreifen könnte.» (SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi)
- Schweiz als echter, solidarischer Partner der EU: «Sie soll ihre finanziellen Beiträge und die Kohäsionszahlungen leisten. Nicht, weil man uns abstrafft. Sondern weil wir ein echter, solidarischer Partner der EU sein wollen [...]. Aber wir wollen nicht automatisch EU-Recht übernehmen.» (Unternehmer-Initiative der *Partners Group*)

Fortsetzung auf Seite 6

# Der aufhaltsame Aufstieg der Einfalt

von Marco Polli\*

«Unser Land beruht auf dem Grundsatz der Vielfalt in der Einheit, und Vielfalt ist immer besser als Einfalt.»

Brigitta Gadiant

Ich bin in Genf geboren, als Sohn einer Aargauerin und eines Tessiners, die sich kurz vor meiner Geburt hier angesiedelt hatten. Die Muttersprache meiner Mutter war deutsch, die meines Vaters italienisch, genauer gesagt: Aargauer Dialekt und Tessiner Mundart. Beide waren dreisprachig. Zu Hause haben wir ausschliesslich französisch gesprochen. In diesen Nachkriegsjahren waren in Genf italienisch und deutsch verpönt, und wir, mein Bruder und ich, wehrten uns gegen die Versuche meiner Mutter, uns in ihre Muttersprache einzuweihen.

Irgendwie verstand ich doch ihre und seine Sprachen. In mir hatte sich das Vorurteil eingebürgert, dass Sprachen kein Pro-

blem seien. Dass ich durch ihre Kenntnis einen Schatz in mir barg, der mich mit meiner viersprachigen Heimat verband, leuchtete mir lange nicht ein. Die Schweiz war für mich eine Abstraktion, eine Papier-Sache: Brusino-Arsizio steht als Heimatort in meinem Ausweis. Von Dottikon ist keine Spur.

Als junger Intellektueller schwebte ich in höheren Sphären. Ich war heimatlos, nirgends verankert. Es hat lange gebraucht, bis ich mich als Schweizer fühlte, darüber froh sein durfte. Diese Einsicht war nicht ideologischer Art, hatte nichts mit Nationalismus zu tun, sondern mit Emotionen, Bildern und den Klängen der Muttersprachen meiner Eltern aus meiner Kindheit. Dottikon, Brusino-Arsizio und Les Eaux-Vives bilden ein Dreieck, das meine mehrsprachige Identität einfasst.

Mit zwölf kam ich aufs Gymnasium, das altehrwürdige *Collège Calvin*. Meine früheren Spielkameraden sah ich kaum noch. Sie besuchten andere Schulen, wurden früh berufsaktiv. Unsere Wege gingen auseinander. Es kam so, dass ich mich mit einer Gruppe deutscher Studenten befreundete, im Nu ihre Sprache lernte, die ich nun flüssend sprach, die bald die Rolle einer zweiten Muttersprache einnahm, in der ich neuerfahrene Gefühle wie Liebe ausdrücken lernte. Im *Collège Calvin* war ich ein Fremdling, eine Art Schwarzfahrer, meiner Herkunft wegen. Viel später erfuhr ich, dass meine Mutter in Ingenbohl als Arbeitertochter unter Prinzessinnen im Werden dasselbe erlebt hatte. Doch in den letzten zwei Jahren im *Collège*

Calvin entdeckte ich mit Begeisterung *Goethe* und *Schiller* und eine Fülle zeitgenössischer Schweizer und deutscher Autoren. *Camus*, *Diderot* auch. Mein Eifer wurde von Lehrern endlich anerkannt und gefördert. Ich wollte Philosophie studieren, entschied mich für Deutsch und Französisch als zweites und drittes Fach. Und wurde Deutsch-, Französisch- und Philosophielehrer.

Mein Interesse für die Schweizer Geschichte wurde durch die Auseinandersetzung um den Unterricht der Fremdsprachen erweckt. Als Präsident der Kommission für Moderne Sprachen des *Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer* verfolgte ich die Debatten im Nationalrat um die Schaffung eines Sprachengesetzes, die sich ab Jahrtausendwende auf sieben Jahre verzögerten. Die Meinungen gingen immer heftiger auseinander zwischen Anhängern des Ist-Zustands, d. h. des Vorrangs der Nationalsprachen, und Verfechtern des Englischen als Einstiegsfremdsprache. Zusammenfassend ironisierte die Bündnerin *Brigitta Gadiant* kurz und bündig: «Unser Land beruht auf dem Grundsatz der Vielfalt in der Einheit, und Vielfalt ist immer besser als Einfalt.» Der angesagte Kampf von den Vielfältigen gegen die Einfältigen wurde an diesem 21. Juni 2007 zugunsten der Vielfältigen entschieden und das sogenannte Sprachengesetz<sup>1</sup> mit seinem Artikel 15, der der zweiten Nationalsprache die Priorität als Einstiegsprache gewährte, mit 87 gegen 68 Stimmen verabschiedet. Die Bundesversammlung sah es drei Monate später anders. Es wurden zwei Frühsprachen (die erste mit acht, die

zweite mit zehn Jahren) als «Kompromisslösung» eingeführt mit Freiwahl der Kantone, was die Einstiegssprache anbelangt: Englisch oder die zweite Nationalsprache. Fast alle Deutschschweizer Kantone fangen heute mit Englisch an, Ausnahmen sind die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn.

Das war also des Pudels Kern.

Die sprachliche Vielfalt ist einer der Grundpfeiler, auf denen unsere Identität und unsere Kultur beruht, eine grosse Chance. Doch ist die Mehrsprachigkeit nicht selbstverständlich; denn sie muss gepflegt und gefördert werden. Die Viersprachigkeit der Schweiz hat eine Geschichte und einen Status. 1798 hat *Napoleon* den damaligen drei Sprachgemeinschaften die Rechtsgleichheit zuerkannt. Sie wurde 1814 – in einer Zeit, die unserer Epoche nach 1989 ziemlich ähnlich sieht – von der Restauration abgeschafft. 1848 wurde sie durch die Bundesverfassung wiederhergestellt. 1938 schliesslich kam eine vierte rätoromanische Sprache mit einem besonderen Status hinzu.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt, die in der Bundesverfassung (Art. 2 und 69) verankert ist, ist unser bester Trumpf, machte aus der Schweiz den modernsten Staat Europas und sorgt seit 168 Jahren für die Einheit und den inneren Frieden unseres Landes. Die Folgen der Abschaffung dieses Status sind in der Tat nicht absehbar. •

<sup>1</sup> Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz)

\* Marco Polli, Autor, Lehrer, Publizist und Theater-schaffender, wohnhaft in Genf, em. Professor für Deutsch, Französisch und Philosophie an den beiden renommierten *Collèges Voltaire* und *Collège Calvin* (Genf), hat sich intensiv mit kulturellen, sprachlichen und politischen Fragen auseinandergesetzt und dazu publiziert. Er war unter anderem Präsident der Kommission Lebendige Sprachen der Beratenden Kommission des *Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer*. Im Rahmen seiner sprachpolitischen Tätigkeit präsidierte der Autor auch die Vorbereitende Kommission des genannten massgeblichen Lehrerverbandes der Schweizer Gymnasiallehrer zur Neuformulierung des Sprachenartikels in der schweizerischen Bundesverfassung, mit der im Artikel behandelten problematischen neuen Mehrge-wichtung des Englischen auf Kosten der anderen schweizerischen Landessprachen.

## «Rahmenabkommen Schweiz-EU...»

Fortsetzung von Seite 5

lage» für die globalisierten Grosskonzerne im Auge und interessieren sich weniger für die Erhaltung des Schweizer Staatsmodells und für die Anliegen der Sozialpartner in den Betrieben. Gemäss Bundesamt für Statistik machen aber die KMU (mit weniger als 250 Beschäftigten) über 99% der Schweizer Unternehmen aus, nämlich (im Jahre 2018) 591 016 Firmen mit mehr als 3 Millionen Beschäftigten! Um so erfreulicher ist es, dass sich in jüngster Zeit auch andere Exponenten der Schweizer Wirtschaft zu Wort melden.

Erst kürzlich wurde bekannt, dass sich der *Schweizerische Arbeitgeberverband* (SAV), der *Schweizerische Gewerbeverband* (SGV), der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Gewerkschafts-Dachverband *Travail.Suisse* am 14. August 2020 mit einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesrat gewandt haben.<sup>13</sup> Die vier gewichtigen Dachverbände der Sozialpartner schlagen verschiedene Lösungen vor. Diese reichen von der blossen Ausklammerung der drei «innenpolitisch als nicht mehrheitsfähig erachteten Elemente» über die Ausklammerung des ganzen Personenfreizügigkeits-Abkommens (das eben noch vor der Abstimmung vom 27. September von den EU-Turbos mit Zähnen und Klauen verteidigt wurde!) bis zu einem Modell mit einem klassisch bilateralen Streit-schlichtungsmechanismus (also ohne Entscheidungsgewalt des EUGH).

Interessant auch die Feststellung, das Rahmenabkommen «dürfte dem obligatorischen Referendum unterstehen und erfordert somit das Volks- und das Ständemehr.» [Hervorhebung mw] Der Bundesrat hat bisher um diese Frage einen grossen Bogen gemacht. Angesichts der Tatsache, dass die ähnlich weit gehende EWR-Vorlage dem obligatorischen Referendum unterstellt wurde, ist die Antwort jedoch staatsrechtlich klar.

### Ein parteiunabhängiges Unternehmer-Netzwerk gegen das Rahmenabkommen – endlich!

Die drei Unternehmer *Urs Wiellisbach*, *Alfred Gantner* und *Marcel Erni*, Inhaber des erfolgreichen Finanzunternehmens *Partners Group* in Baar (Kanton Zug), sind daran, ein Unternehmernetzwerk mit Hunderten von Unternehmern aufzubauen, die sich dem Rahmenabkommen mit der EU entgegenstellen wollen. Die drei betonen, dass sie nichts mit der SVP zu tun haben. Bedauerlich, dass die

Tonlage in der Schweizer Politik oft so scharf ist, dass man sich voneinander abgrenzen muss – aber erfreulich, dass neben der SVP, die sich seit jeher gegen eine engere EU-Einbindung der Schweiz engagiert, auch andere Bürger- und Unternehmergruppen entstehen, welche den freiheitlichen und direkt-demokratischen Weg der Schweiz erhalten wollen. Denn in der Schweiz gibt es zahlreiche Unternehmer wie alt Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann (der vorher über Jahrzehnte ein Unternehmen der Maschinenindustrie führte), für die die Souveränität der Schweiz an erster Stelle kommt.

Die Schweiz brauche gute Beziehungen zur EU, finden die Unternehmer der *Partners Group*. Aber mit der dynamischen Übernahme von EU-Recht «gefährde das Rahmenabkommen den Föderalismus und den Kern der direkten Demokratie». Denn das Initiativ- und Referendumsrecht würden faktisch wegfallen: Wenn künftig jemand das Referendum gegen eine rechtliche Weiterentwicklung der EU ergreifen wolle, «heisse es, das koste zu viel im Rahmen der Retorsionsmassnahmen der EU».<sup>14</sup> Alfred Gantner betont, dass *economiesuisse* und der *Think tank Avenir Suisse* «ganz sicher nicht die Anliegen der Schweiz [vertreten], sondern jene der multinationalen Konzerne». Eine Zukunft der Schweiz auf der Grundlage des Rahmenabkommens ist für ihn «nicht die Entwicklung, die ich mir für meine Grosskinder wünsche. Wer automatisch Recht übernimmt, gibt sich als Staat auf.»

Gantner weist darauf hin, dass es für Linke wie für Rechte gute Gründe gegen das Abkommen gibt. Die Bedenken der Gewerkschaften seien berechtigt: «Übernehmen wir automatisch europäisches Recht, können wir nicht mehr alle neoliberalen Ideen aus Europa im Griff haben. Für das Arbeitsrecht zum Beispiel wäre das gar nicht gut.»

### Zusammenschau

Wenn wir die Stellungnahmen aus den verschiedenen politischen Blickwinkeln und von den Sozialpartnern beider Seiten lesen und zusammendenken, können wir uns nur darüber freuen: über die Bodenhaftung, das Demokratiebewusstsein, die Selbstverständlichkeit, dass unser Staatsverständnis für die Schweizer Bevölkerung nicht zur Disposition steht. Die Berner Unterhändler, aber auch die Behörden selbst, dürften ruhig etwas selbstbewusster auftreten. Statt sich von den Brüsseler Bürokraten einschüchtern zu lassen oder sich bei ihnen anzubiedern, könnten sie auch ver-

suchen, ihnen das Schweizer Staatsverständnis näherzubringen.

Zum Schluss drei Schweizer, die von ihrem ganz eigenen Standpunkt aus den Bogen zum Ganzen schlagen.

*Carl Baudenbacher*, ehemaliger Präsident des Efta-Gerichtshofs: «Seit rund zwanzig Jahren besteht zwischen der Schweiz und der EU ein Netz von bilateralen Abkommen, die durch Gemischte Ausschüsse administriert werden. Im Konfliktfall setzt man sich zusammen und versucht eine Verhandlungslösung zu finden. Dass diese Kooperation sehr erfolgreich ist, ist beidseits unbestritten. Trotzdem versucht die EU, das Gleichgewicht, welches das bilaterale Verhältnis nach der Auffassung beider Seiten bisher gekennzeichnet hat, zu ihren Gunsten zu verschieben. [...] Die Verweigerung der Börsenäquivalenz im Sommer 2019 war diskriminierend, und die ständigen Drohungen mit wirtschaftlichen und politischen Nachteilen für den Fall der Nichtunterzeichnung des InstA sind nicht akzeptabel.»<sup>15</sup>

SVP-Fraktionschef *Thomas Aeschi*: «Die Rechtssicherheit wird abnehmen, weil wir unser Recht nicht mehr allein festlegen können. Wir wissen nicht, auf welche Regulierungsideen die EU kommen wird – und verpflichten uns trotzdem, dass wir alles übernehmen. Das ist absurd.» «Wir können mit unserem volksnahen Politiksystem wesentlich klüger regulieren als ein Koloss wie die EU mit ihren Hinterzimmerab-sprachen. Abgesehen davon geht es allein mit der Freizügigkeit um sehr sensitive Bereiche wie die Regulierung des Arbeitsmarkts oder den Zugang zu den Sozialversicherungen. Es wäre absolut fahrlässig, hier die EU zum Gesetzgeber zu machen.»<sup>16</sup>

*Pierre-Yves Maillard*, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds: «Für uns Gewerkschaften ist entscheidend, dass wir beim Lohnschutz und beim Service public verbindliche Ausnahmen haben. Aber politisch bleibt natürlich das Problem bestehen: In den anderen betroffenen Bereichen würde sich die Schweiz dazu verpflichten, grundsätzlich immer das Recht der EU zu übernehmen. Es geht hier nicht um «fremde Richter», sondern um Demokratie. Ein solches Konstrukt wird es in einer Volksabstimmung sehr schwer haben, zumal auch das Ständemehr notwendig wäre. Die Stimmungslage in der Bevölkerung wird in diplomatischen Kreisen falsch eingeschätzt. Die Leute wollen grundsätzlich mehr demokratischen Einfluss auf ihre Zukunft, nicht weniger.»<sup>17</sup> •

<sup>1</sup> von Burg, Denis. «Rahmenabkommen mit der EU. Der Bundesrat will einen neuen Unterhändler nach Brüssel schicken», in: *SonntagsZeitung* vom 11.10.2020

<sup>2</sup> von Burg, Denis; Aebi, Mischa. «Beziehung Schweiz-EU. Immunisierung: So soll der Rahmenvertrag gerettet werden», in: *SonntagsZeitung* vom 3.10.2020

<sup>3</sup> siehe zum Folgenden: Schneider-Ammann, Johann Niklaus (Gastkommentar). «Rahmenabkommen: Drei Klarstellungen reichen nicht aus. Die Souveränitätsfrage muss angesprochen werden», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 19.9.2020

<sup>4</sup> «Der Bundesrat ist eine Kollegialbehörde, was bedeutet, dass sämtliche Mitglieder des Bundesrates seine Beschlüsse nach aussen zu vertreten haben, selbst dann, wenn sie persönlich anderer Meinung sind.» (*eda.admin.ch*. Bundesrat)

<sup>5</sup> Lampart, Daniel. Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB. «Professionelles Verhandlungspowerplay der EU beim Rahmenabkommen – die Schweiz muss hier noch stark zulegen» vom 3.10.2020

<sup>6</sup> Schäfer, Fabian. «Die Bilateralen sind vorerst gerettet, aber für den Rahmenvertrag sieht es schlechter aus denn je», *NZZ online* vom 27.9.2020

<sup>7</sup> Schäfer, Fabian. «Die Bilateralen sind vorerst gerettet, aber für den Rahmenvertrag sieht es schlechter aus denn je», *NZZ online* vom 27.9.2020

<sup>8</sup> Birrer, Raphaela; Fellmann, Fabian. Interview mit Gerhard Pfister. «Gopfriedstutz, dafür sind die Bundesräte doch gewählt!», in: *Tages-Anzeiger* vom 28.9.2020

<sup>9</sup> Rutishauser, Arthur. «Streit ums Rahmenabkommen. Der Bundesrat sitzt in der Europafalle», in: *SonntagsZeitung* vom 4.10.2020

<sup>10</sup> Schäfer, Fabian. «Die Bilateralen sind vorerst gerettet, aber für den Rahmenvertrag sieht es schlechter aus denn je», *NZZ online* vom 27.9.2020

<sup>11</sup> Friedli, Daniel; Kučera, Andrea. «Christian Levrat: Die EU-Euphorie ist weitgehend verfliegen, auch in der SP», in: *NZZ am Sonntag* vom 4.10.2020

<sup>12</sup> «Rahmenabkommen und Flam: Die Position des SGB» vom 23. September 2020. «Das vorliegende Rahmenabkommen ist eine Gefahr für Löhne und Arbeitsplätze»

<sup>13</sup> *sgv(f)usam 6BIUSS - RTR*

<sup>14</sup> von Matt, Othmar. «Neue Attacke gegen das Rahmenabkommen: Milliarden schwere Unternehmer nehmen den Kampf auf», in: *Luzerner Zeitung* vom 7.10.2020

<sup>15</sup> Andenas, Mads; Baudenbacher, Carl. «Das InstA – ein «EWR des armen Mannes»», Gastkommentar in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 12.10.2020

<sup>16</sup> Interview von Fabian Schäfer mit SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. «Vermutlich wird die EU uns mit schwammigen Zusatzklärungen abspesen», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.10.2020

<sup>17</sup> Interview von Fabian Schäfer mit Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. «Es geht hier um Demokratie», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.10.2020

# «Cancel Culture» befördert den ideologischen Konformismus

## Ein Brief für Gerechtigkeit und offene Debatte

ef. Am 7. Juli 2020 wurde in der amerikanischen Monatszeitschrift *Harper's Magazine* – zunächst online – «A Letter on Justice and Open Debate» (Ein Brief für Gerechtigkeit und offene Debatte) veröffentlicht, den 150 prominente Autoren, Wissenschaftler und Intellektuelle unterzeichnet haben. Zur breiten Palette der Mitunterzeichner gehören beispielsweise Noam Chomsky, Daniel Kehlmann, Salman Rushdie, Francis Fukuyama, Michael Ignatieff ... Sie alle kritisieren die massive Einschränkung der öffentlichen Debatte.

Der Freie Deutsche Autorenverband (s. Kasten) hat den Brief für den deutschsprachigen Raum übersetzt und veröffentlicht. Auf der Internetseite heisst es dazu: Der Brief «wurde auch in den deutschsprachigen Feuilletons besprochen – allerdings ohne den englischen Wortlaut zu übersetzen. Wir als Freier Deutscher Autorenverband möchten diesem Mangel begegnen und den Wortlaut des Briefes übersetzen. Die Veröffentlichung bedeutet nicht zwingend, dass wir als Verband die angesprochenen Inhalte des Briefes und Ansichten der Unterzeichnenden teilen – aber wir möchten allen die Möglichkeit geben, sich durch Kenntnis des Wortlautes eine eigene Meinung zu bilden».

Der Ausdruck «Cancel Culture» steht für das vermeintlich neue Phänomen, dass zum Beispiel bestimmte Personen oder deren Äusserungen im Internet von einer anderen Person gelöscht (gecanceled) werden; darunter wird aber auch die Entfernung von Statuen oder Denkmälern oder die Absage von Veranstaltungen verstanden. Dies ist beileibe nicht nur ein amerikanisches Phänomen. Es gibt auch in Europa genügend Beispiele von Personen, die Cancel Culture am eigenen Leib erfahren haben: Hierzu gehören der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser (Veranstaltungsabsagen), die österreichische Kabarettistin Lisa Eckhart (wegen Kritik an der «Me-too-Bewegung»), der Kabarettist und Autor Dieter Nuhr (z. B. wegen seiner Kritik an Greta Thunberg) sowie immer mehr Journalisten der Medien diesseits und jenseits des Atlantiks. Es gibt viele, auch weiter zurückliegende Beispiele, unter anderem renommierte Wissenschaftler, die «kaltgestellt» wurden wie der einstige Liebling der Linken, der Historiker Ernst Nolte (Isolation nach dem Historikerstreit 1986/87), oder der Historiker und Gewaltforscher Jörg Baberowski (seit 2015) – die Liste ist lang. Seit Juli regt sich nun in den USA Widerstand. Grund genug, den Brief im Wortlaut abzudrucken.

Übrigens: In der Schweiz haben es Milosz Matuschek (Jurist und bis vor kurzem Kolumnist der «Neuen Zürcher Zeitung») und Gunnar Kaiser (Schriftsteller) unternommen, am 1. September 2020 auf der Internetseite «Intellectual Deep Web Europe» einen Appell zu veröffentlichen, der sich gegen «Cancel Culture» richtet. Bislang haben über 17 000 Menschen mitunterzeichnet.

«Unsere kulturellen Institutionen stehen momentan unter Druck. Machtvolle Proteste für soziale und ethnische Gerechtigkeit führen zum längst fälligen Ruf nach einer Polizeireform, neben weitergehenden Forderungen nach mehr Gleichheit und Inklusion in unserer Gesellschaft, nicht zuletzt in den höheren Bildungseinrichtungen, im Journalismus, bei der Verteilung von Geldern aus philanthropischen Stiftungen und bei den Künsten.

Aber diese notwendigen Überlegungen haben auch eine neue Art moralischer Haltungen und politischer Aktivitäten intensiviert, welche tendenziell unsere Normen der offenen Debatte und Toleranz gegenüber Differenzen schwächen und ideologischen Konformismus befördern. Während wir ersterer Entwicklung applaudieren, erheben wir auch unsere Stimme gegen die letztere. Die Kräfte des Illiberalismus werden überall auf der Welt stärker und haben einen mächtigen Verbündeten in Donald Trump, der eine reale Gefahr für die Demokratie darstellt.

Aber der Widerstand darf sich nicht zu einer eigenen Version von Dogma oder Zwang verhärten – welche rechtsgerichtete Demagogen schon ausnutzen. Das, was wir unter Inklusion verstehen, kann nur erreicht werden, indem wir uns gegen das intolerante Klima aussprechen, das bereits auf allen Seiten besteht.

Der freie Austausch von Informationen und Ideen, das Lebenselixier jeder liberalen Gesellschaft, wird täglich mehr eingeschränkt. Während wir dahin gekommen sind, das auf seiten der radikalen Rechten sogar zu erwarten, verbreitet sich der Geist der Zensur nun immer mehr in unserer eigenen Kultur: Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen, Rituale öffentlicher Anprangerung und Ausgrenzung sowie die Tendenz, komplizierte Sachverhalte mit dem Tunnelblick moralischer Gewissheiten zu analysieren, finden mehr und mehr Anhänger.

Wir stehen weiter zu der Praxis robuster und sogar sarkastischer Gegenrede von allen Seiten. Aber heute ist der Ruf nach sofortigen und schweren Vergeltungsmassnahmen als Reaktion auf angebliche Verfehlungen in Gedanken oder Worten nur zu verbreitet.

Noch beunruhigender ist, dass die Leiter von Institutionen im Modus panischer Schadensbe-

«Diese erdrückende Atmosphäre wird am Ende den wichtigsten Anliegen unserer Zeit schaden. Die Einschränkung der Debatte, egal ob durch eine repressive Regierung oder eine intolerante Gesellschaft, muss notwendigerweise den Machtlosen schaden und allen anderen die demokratische Teilhabe erschweren. Die angemessene Art, falsche Gedanken zu attackieren, besteht darin, sie als solche zu entlarven, in der Argumentation und Überzeugung des anderen, nicht, indem man sie zum Schweigen bringen oder hinwegwünschen will. Wir lehnen die falsche Wahl zwischen Gerechtigkeit und Freiheit ab, da beide nur zusammen existieren können.»

### Freier Deutscher Autorenverband

Der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) ist eine Berufsorganisation für deutschsprachige Autoren und Autoren erben gleich welcher Staatsangehörigkeit. Der FDA ist nicht an Weltanschauungs-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Finanzgruppen, Parteien oder Regierungen gebunden.

Die Ursprünge reichen weit zurück. 1909 gründet sich der Schutzverband deutscher Schriftsteller (SDS). Seine Aufgabe war es, Rechtsschutz gegen staatliche Eingriffe in das literarische Arbeiten zu geben. Der FDA setzt die Tradition des «Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller» fort. Er steht zudem in der Tradition der «Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil». Ins Leben gerufen wurde diese Akademie 1936 in New York von Hubertus Prinz zu Löwenstein, der 1973 bei der Gründung zum ersten Präsidenten des FDA gewählt und bis zu seinem Tode 1984 wiedergewählt wurde. Langjährige Vorsitzende des Autorenrates waren Golo Mann und Erwin Wickert. Zu den Gründungs- und Ehrenmitgliedern des FDA gehörten Exilierte und Verfolgte des Dritten Reiches wie Mar-

tin Beheim-Schwarzbach, Margarete Buber-Neumann, Cornelia Gerstenmeier, Hans Habe, Gerhard Löwenthal, Hans Sahl, Wolfgang Stresemann, Volkmar Zühlsdorff. Sie beschlossen, frei im eigentlichen Sinn zu sein, schlossen sich weder einer Partei noch einer Gewerkschaft an. Eine Besonderheit war, dass sie sich grenzüberschreitend mit den DDR-Autoren solidarisiert haben und ausgebürgerte Künstler ohne Zögern aufnahmen.

1973 kam es dann zur Spaltung des FDA, wobei sich ein Teil der Mitglieder der *Industriegewerkschaft Druck und Papier (Verdi)* anschloss und heute Mitglied im *Verband deutscher Schriftsteller (VS)* ist.

Der FDA gründete sich am 25.2.1973 neu. Er arbeitet heute überparteilich für die geistige Einheit Europas in der kulturellen Vielfalt seiner Regionen und wendet sich gegen jede Art des Extremismus von rechts oder links sowie die Intoleranz gegenüber Religion, Rasse, Herkunft und Geschlecht (Präambel der Satzung des FDA vom 22. Oktober 2004).

(Zusammengestellt aus der Selbstdarstellung des Verbandes)

grenzung zu hastigen und überzogenen Strafmassnahmen greifen, statt durchdachte, möglicherweise sinnvolle Reformen anzustossen. Herausgeber werden gefeuert für die Veröffentlichung kontroverser Artikel, Bücher werden vom Markt genommen wegen angeblicher Inauthentizität, Journalisten wird es verboten, über bestimmte Themen zu schreiben, Professoren werden Gegenstand von Untersuchungen, wenn sie literarische Werke in ihren Vorlesungen zitieren, ein Forscher wird entlassen, weil er eine vor der Veröffentlichung von Kollegen geprüfte akademische Studie verbreitet hat, und die Vorsitzenden von Organisationen werden gefeuert für Vergehen, die eigentlich als Ungeschicklichkeiten einzuordnen sind.

Was auch immer die Argumente in jedem einzelnen Fall sein mögen, im Ergebnis ver-

engen sich die Grenzen des ohne Vergeltungsdrohungen Sagbaren mehr und mehr.

Wir zahlen bereits den Preis dafür, indem Schriftsteller, Künstler und Journalisten in einem Modus der Risikovermeidung nicht mehr vom Konsens abweichen oder sogar unzureichend pointiert argumentieren – aus Angst um ihren Lebensunterhalt.

Diese erdrückende Atmosphäre wird am Ende den wichtigsten Anliegen unserer Zeit schaden. Die Einschränkung der Debatte, egal ob durch eine repressive Regierung oder eine intolerante Gesellschaft, muss notwendigerweise den Machtlosen schaden und allen anderen die demokratische Teilhabe erschweren. Die angemessene Art, falsche Gedanken zu attackieren, besteht darin, sie als solche zu entlarven, im Argumentieren und Überzeugen des anderen, nicht, indem man ihn zum Schweigen bringen oder hinwegwünschen will. Wir lehnen die falsche Wahl zwischen Gerechtigkeit und Freiheit ab, da beide nur zusammen existieren können.

Als Schreibende brauchen wir eine Kultur, die uns Raum zum Experimentieren gewährt, in dem wir Risiken eingehen und sogar Fehler machen dürfen. Wir müssen die Möglichkeit abweichender Meinung bei gegenseitiger Anerkennung des guten Willens verteidigen, ohne die Gefahr verheerender beruflicher Konsequenzen. Wenn wir nicht das verteidigen, worauf unsere Arbeit beruht, sollten wir weder von der Öffentlichkeit noch vom Staat erwarten, das für uns zu tun.»

Quelle: <https://fda.de/jbb>

**Unterzeichner:** Elliot Ackerman, Saladin Ambar, Rutgers University, Martin Amis, Anne Applebaum, Marie Arana, author, Margaret Atwood, John Banville, Mia Bay, historian, Louis Begley, writer, Roger Berkowitz, Bard College, Paul Berman, writer, Sheri Berman, Barnard College, Reginald Dwayne Betts, poet, Neil Blair, agent, David W. Blight, Yale University, Jennifer Finney Boylan, author, David Bromwich, David Brooks, columnist, Ian Buruma, Bard College, Lea Carpenter, Noam Chomsky, MIT (emeritus), Nicholas A. Christakis, Yale University, Roger Cohen, writer, Ambassador Frances D. Cook, ret., Drucilla Cornell, Founder, uBuntu Project, Kamel Daoud, Meghan Daum, writer, Gerald Early, Washington University-St. Louis, Jeffrey Eugenides, writer, Dexter Filkins, Federico Finchelstein, The New School, Caitlin Flanagan, Richard T. Ford, Stanford Law School, Kmele Foster, David Frum, journalist, Francis Fukuyama, Stanford University, Atul Gawande, Harvard University, Todd Gitlin, Columbia University, Kim Ghattas, Malcolm Gladwell, Michelle Goldberg, columnist, Rebecca Goldstein, writer, Anthony Grafton, Princeton University, David Greenberg, Rutgers University, Linda Greenhouse, Rinne B. Groff, playwright, Sarah Haider, activist, Jonathan Haidt, NYU-Stern, Roya Hakakian, writer, Shadi Hamid, Brookings Institution, Jeet Heer, The Nation, Katie Herzog, podcast host, Susannah Heschel, Dartmouth College, Adam Hochschild, author, Arlie Russell Hochschild, author, Eva Hoffman, writer, Coleman Hughes, writer / Manhattan Institute, Hussein Ibish, Arab Gulf States Institute, Michael Ignatieff, Zaid Jilani, journalist, Bill T. Jones, New York Live Arts, Wendy Kaminer, writer, Matthew Karp, Princeton University, Garry Kasparov, Renew Democracy Initiative, Daniel Kehlmann, writer, Randall Kennedy, Khaled Khalifa, writer, Parag Khanna, author, Laura Kipnis, Northwestern University, Frances Kissling, Center for Health, Ethics, Social Policy, Enrique Krauze, historian, Anthony Kronman, Yale University, Joy Ladin, Yeshiva University, Nicholas Lemann, Columbia University, Mark Lilla, Columbia University, Susie Linfield, New York University, Damon Linker, writer, Dahlia Lithwick, Slate, Steven Lukes, New York University, John R. MacArthur, publisher, writer, Susan Madrak, writer, Phoebe Maltz Bovy, writer, Greil Marcus, Wynton Marsalis, Jazz at Lincoln Center, Kati Marton, author, Debra Mashek, scholar, Deirdre McCloskey, University of Illinois at Chicago, John McWhorter, Columbia University, Uday Mehta, City University of New York, Andrew Moravcsik, Princeton University, Yascha Mounk, Persuasion, Samuel Moyn, Yale University, Meera Nanda, writer and teacher, Cary Nelson, University of Illinois at Urbana-Champaign, Olivia Nuzzi, New York Magazine, Mark Oppenheimer, Yale University, Dael Orlandersmith, writer / performer, George Packer, Nell Irvin Painter, Princeton University (emerita), Greg Pardlo, Rutgers University – Camden, Orlando Patterson, Harvard University, Steven Pinker, Harvard University, Letty Cottin Pogrebin, Katha Pollitt, writer, Claire Bond Potter, The New School, Taufiq Rahim, Zia Haider Rahman, writer, Jennifer Ratner-Rosenhagen, University of Wisconsin, Jonathan Rauch, Brookings Institution / The Atlantic, Neil Roberts, political theorist, Melvin Rogers, Brown University, Kat Rosenfield, writer, Loretta J. Ross, Smith College, J.K. Rowling, Salman Rushdie, New York University, Karim Sadjadpour, Carnegie Endowment, Daryl Michael Scott, Howard University, Diana Senechal, teacher and writer, Jennifer Senior, columnist, Judith Shulevitz, writer, Jesse Singal, journalist, Anne-Marie Slaughter, Andrew Solomon, writer, Deborah Solomon, critic and biographer, Allison Stanger, Middlebury College, Paul Starr, American Prospect / Princeton University, Wendell Steavenson, writer, Gloria Steinem, writer and activist, Nadine Strossen, New York Law School, Ronald S. Sullivan Jr., Harvard Law School, Kian Tajbakhsh, Columbia University, Zephyr Teachout, Fordham University, Cynthia Tucker, University of South Alabama, Adaner Usmani, Harvard University, Chloe Valdary, Helen Vendler, Harvard University, Judy B. Walzer, Michael Walzer, Eric K. Washington, historian, Caroline Weber, historian, Randi Weingarten, American Federation of Teachers, Bari Weiss, Cornel West, Sean Wilentz, Princeton University, Garry Wills, Thomas Chatterton Williams, writer, Robert F. Worth, journalist and author, Molly Worthen, University of North Carolina at Chapel Hill, Matthew Yglesias, Emily Yoffe, journalist, Cathy Young, journalist, Fareed Zakaria

# Phänomenales Hühnerei

## Das einzige von der Natur verpackte Tierprodukt

von Heini Hofmann

Nutztiere versorgen uns Menschen mit Nahrungsmitteln wie Fleisch, Milch und Honig; doch gewinnen, portionieren und abpacken müssen wir sie selbst. Anders beim Ei: Dieses wird vom Huhn konditioniert und transportfähig in unterschiedlich gefärbter Schale geliefert, ein bioverpacktes Designprodukt der Natur sozusagen, um das sich auch etliche Mythen ranken.

Von über 1,59 Milliarden in der Schweiz 2019 konsumierten Eiern (Schaleneier und Eiprodukte) sind mehr als die Hälfte aus inländischer Produktion, womit der Selbstversorgungsgrad auf 63 % anstieg. Der Pro-Kopf-Konsum 2019 betrug erstaunliche 184,4 Eier. Grund genug, sich beim Aufschlagen auf dem Bratpfannenrand oder beim Aufklopfen im Eierbecher ein paar Gedanken über dieses Lebensmittel-Wunder zu machen, das aus unserer Ernährung nicht wegzudenken ist.

### Wie ein Ei entsteht

Der Vorgang der Eibildung dauert rund 24 Stunden, womit auch gesagt ist, dass ein Huhn pro Tag nicht mehr als ein Ei legen kann. Die «biologische Produktionsstrasse» führt vom Eierstock der Henne, wo der Eizelle der Dotter kugelförmig angelagert wird, über den Eileiter oder «Legedarm» bis zum Eiaustritt über die Kloake, wobei sich die Scheide über diese stüpt, damit das Ei sauber bleibt. Zuerst, im Eileitertrichter, würde das Ei durch die Spermien des Hahns befruchtet, wenn es um Aufzucht ginge und nicht, wie hier, um Konsumeier.

Im Eileiter wird dem werdenden Ei das Eiklar (im Volksmund: «Eiweiss») angelagert, was deshalb gleichmässig erfolgt, weil sich das Ei im Eileiterschlauch um die eigene Achse dreht. Zugleich erhält es durch die Ausstülpkontraktionen die Eiform mit spitzem und stumpfem Ende verpasst. Dieser Trick der Natur wurde nicht fürs Tütschen an Ostern erfunden, sondern für einen problemlosen Legvorgang sowie eine beim Brüten platzsparende Anordnung. Zudem verhindert er ein Geradeausrollen, was bei auf Felsklippen brütenden Vögeln Unheil verhindern kann.

### Zerbrechliche Schale?

Anders als bei Reptilien, deren Eier von einer ledrigen Haut umschlossen sind, sah die Evolution fürs Vogelei eine feste Kalkschale vor, durch deren Poren – dank schützender, wachsartiger Schalenhaut – wohl Sauerstoff, nicht aber Keime ins Ei gelangen können. Eier seien zerbrechliche Gebilde? Je nach Sichtweise: Zwar beträgt die Schalenstärke bloss 0,3 bis 0,4 mm (gegenüber gut 2 mm beim Strauss), womit das Hühnerei klar verletzlich ist. Deshalb auch das handfeste, aber faule Bubenrickli des Christoph Kolumbus, ein Ei durch Tütschen auf die Spitze zu stellen.

Jedoch: Der schichtweise Aufbau der Eischale und die Kristallstruktur des Kalziums

### Das Cholesterin-Märchen

HH. Wegen seines relativ hohen Cholesteringehalts geriet das Ei in die Kritik. Doch neuere Forschungen belegen, dass beim Menschen nur ein geringer Zusammenhang besteht zwischen Cholesterinaufnahme mit der Nahrung und Cholesteringehalt im Blut, selbst bei mehreren Eiern pro Tag und Person. Cholesterin befindet sich im Ei nur im Dotterfett und ist durch Zucht und Fütterung nur unwesentlich beeinflussbar.

Und entgegen einer immer wieder kolportierten Meinung, die gelegentlich auch zu irreführender Konsumentinformation missbraucht wird, weisen Eier der schwanzlosen Araucana-Hühner (einzige «Grünleger» unter den Rassenhühnern) oder auch solche von Wachteln (gesprenkelte Eier) keinen tieferen, sondern teilweise sogar höheren Cholesteringehalt auf. Diese scheinbar unausrottbar Wunschorstellung lässt sich leicht widerlegen: Aus cholesterinfreien Eiern könnten gar keine Küken schlüpfen, womit solche Rassen automatisch aussterben würden.



Hühner mit weissen Ohrscheiben legen weisse, solche mit roten Ohrflüppchen braune Eier (links Appenzeller Spitzhaube, rechts Schweizerhuhn). (Bild Aviforum, Kleintiere Schweiz, ABT)

(94 % Kalziumkarbonat) garantieren unerwartete Festigkeit des scheinbar zerbrechlichen Konstrukts.

Denn um ein Ei von der Spitze her einzudrücken, ist eine Belastung von zwei bis drei Kilopond notwendig. Auch einem künstlich erzeugten Innendruck von 2,5 Atmosphären hält es noch stand. Daher kann ein Küken vor dem Schlüpfen die Schale von innen her nur mit einem Trick öffnen, indem es mit dem auf der Oberschnabelspitze sitzenden Eizahn – wie mit einem Diamanten – die Schale ritzt, um sie dann dank Kerbwirkung mit dem Körper aufzustemmen.

### Braune Eier sind nicht gesünder

Die übliche Quizfrage «Wer legt weisse, wer braune Eier?» wird immer wieder falsch beantwortet. Denn mit der Gefiederfarbe, wie man vermuten könnte, besteht kein Zusammenhang. Es handelt sich vielmehr um eine genetische Laune der Natur, indem die Farbe der Eischalen mit jener der Ohrscheiben (Ohrflüppchen) des Huhns kombiniert ist: Rassen mit weissen Ohrscheiben legen weisse Eier, Rassen mit roten Ohrflüppchen braunschalige Eier.

Im Gegensatz zur Dotterfarbe hat die Schalenfärbung wenig Zusammenhang mit der Fütterung, da die Schalenfarbstoffe nicht aus dem Futter aufgenommen werden. Weil der Erbfaktor für braune Schalen nicht dominant ist, ergeben sich Farbnuancen von tiefstem Braun bis hellster Cremefarbe. Auch zu Beginn der Legetätigkeit sowie mit zunehmendem Alter der Hennen werden die Schalen heller. Die Konsumenten bevorzugen bei braunschaligen Eiern generell den dunklen Farbton. Die weit verbreitete Meinung jedoch, braune Eier seien gesünder oder gar ökologischer produziert, beruht auf einem Ammenmärchen.

### Dotter und Eiklar

Entgegen weitverbreiteter Meinung hat die Farbe des Dotters keinen Zusammenhang mit Nährwert, Geschmack oder Haltungs-

form der Hühner; sie hängt vom Futter ab. Während die Schweizer und die meisten Europäer intensiv gelborangen Dotter vorziehen, wünschen ihn die Amerikaner (ebenfalls mit Gesundheits-Hintergedanken) blassgelb. Bei Legebeginn treten bei Junghennen gelegentlich doppeldottrige Eier auf. Sie entstehen, wenn sich beim Eisprung zwei Eifollikel (Dotter) gleichzeitig lösen und gemeinsam von Eiklar und Schale umschlossen werden.

Das Eiklar oder im Volksmund «Eiweiss» besteht aus viel Wasser und Eiweissfraktionen. (Allerdings ist im Eigelb mehr Eiweiss vorhanden als im Eiklar. Das Eiklar umhüllt und schützt den Dotter in vier Schichten: Die erste, zähflüssige Umhüllung des Dotters (etwa 3 % des Eiklars) läuft in spiralförmig gedrehte Stränge aus, die so genannten Hagelschnüre. Dann folgen eine dünnflüssige (etwa 17 %), eine dickflüssige (etwa 57 %) und wieder eine dünnflüssige (etwa 23 %) Eiklarschicht. Vom ganzen Ei machen das Eiklar 60 %, der Dotter 30 % und die Schale 10 % aus. Der Nährstoffgehalt im Dotter ist deutlich höher als im Eiklar.

### Abschrecken senkt Haltbarkeit

Kühl und korrekt gelagerte Eier behalten über Wochen eine optimale Qualität, während bei zu hohen Temperaturen schon nach wenigen Tagen die Minimalanforderungen unterschritten werden. Da der natürliche Enzymschutz im Ei gegen Keimwachstum drei Wochen anhält, empfiehlt sich der Kauf frischer, höchstens 20 Tage alter Schweizer Eier. Die optimale Lagerung mit Spitze nach unten erfolgt im Kühlschrank oder kühlen Keller (cave Gefrierpunkt: ab -2,2 °C).

Fakt ist, dass gekochte Eier länger halten, wenn sie nicht abgeschreckt werden, abgesehen davon, dass dies nicht, wie immer wieder propagiert wird, zu leichterem Schälens führt. Dieses hängt vom Eialter ab; je älter, desto leichter zu schälen. Jedoch: Da beim Abschrecken (Unterdruckerzeugung) Bakterien aus dem Wasser ins Ei gelangen können,

sollten solche Eier innert weniger Tage konsumiert werden. Ohne Abschrecken sind gekochte Eier etliche Wochen haltbar.

### Prüfung der Eifrische

Am frisch aufgeschlagenen Ei sind dick- und dünnflüssiges Eiklar leicht zu unterscheiden. Bei Lagerung der Eier, vor allem bei hohen Temperaturen, verflüssigt sich auch das gallertige Eiklar und wird wässrig-durchsichtig. Der Dotter wölbt sich im frisch aufgeschlagenen Ei hoch, ist glänzend und gespannt; beim alten dagegen flach, matt und runzlig. Beim alten gekochten Ei liegt der Dotter an der Schale statt in der Mitte.

Beim ganzen Ei gibt es den Trick mit der Schwimmprobe und dem spezifischen Gewicht (wobei die Luftkammer als «Schwimmer» wirkt): Frische Eier bleiben, in Wasser eingetaucht, waagrecht am Boden oder heben allenfalls leicht den stumpfen Pol, die weil alte Eier (weil die Luftkammer beim Lagern grösser wird) senkrecht im Wasser stehen oder sogar obenauf schwimmen.

### Nährhaft, vielseitig verwendbar

Eier sind ein wertvolles Grundnahrungsmittel. Ein Ei deckt rund zehn Prozent des täglichen Protein- und Mineralstoffbedarfs sowie einen Viertel des Vitamin A- und D-Bedarfs. Zudem hat es ideale Küchen-Qualifikation: Schaumbildung und -stabilität (geschlagenes Eiweiss), Emulsionsstabilität des Eigelbs (Mayonnaise), Back- und Kocheigenschaften (Emulgieren, Stabilisieren, Koagulieren, Flüssigkeitsbindung), nicht zu vergessen die Färbewirkung des Eigelbs (Gebäck und Teigwaren). Der Proteingehalt dreier Eier entspricht jenem von 110 g Rindssteak (bei markanter Preisdifferenz).

So werden denn in der Schweiz jährlich gut anderthalb Milliarden Eier konsumiert, weit mehr als die Hälfte aus Inlandproduktion, das heisst fast 200 pro Kopf und Jahr; davon «versteckt» sich, mit steigender Tendenz, fast ein Drittel in anderen Nahrungsmitteln (hier vor allem Importeier). All dies rechtfertigt, zum Schluss noch einmal an jene zu denken, die diese Eier legen: die Hühner.

### Übertierliche Leistung

Was Hybriden (Wirtschaftsgeflügel) an Legeleistung vollbringen, ist fast überhühnlich. Zur Befriedigung unseres Konsumentenhungers leisten sie Akkordarbeit: Die mittlere Legeleistung einer Hybridhenne beträgt heute 320 Eier pro Jahr, also gut doppelt soviel wie bei den besten Legerassen unter dem althergebrachten Rassengeflügel. Nur gerade während der Mauser (Federwechsel) hat das Huhn Legepause. Man vergleiche das mit dem Trend zur Arbeitszeitverkürzung bei uns Menschen!

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

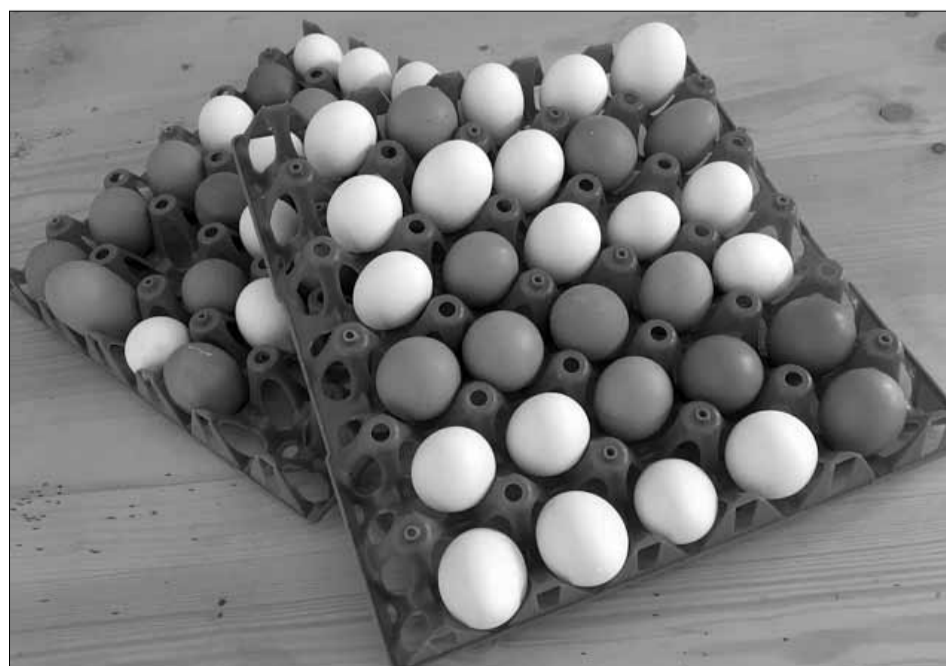
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von

Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.



Braune und weisse Eier: Dass die braunen gesünder sein sollen als die weissen, ist Habakuk. Bei braunschaligen Eiern bevorzugen die Konsumenten generell den dunklen Farbton, obschon qualitativ kein Unterschied besteht. (Bild Aviforum, Kleintiere Schweiz, ABT)